

Aufrüstung vor Rüstungskontrolle: Amerikanische Raketenabwehrpolitik während der Clinton-Administration

Kubbig, Bernd W.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kubbig, B. W. (1996). *Aufrüstung vor Rüstungskontrolle: Amerikanische Raketenabwehrpolitik während der Clinton-Administration*. (HSFK-Report, 1/1996). Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-75431-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

Dr. Bernd W. Kubbig

**AUFRÜSTUNG VOR RÜSTUNGSKONTROLLE
Amerikanische Raketenabwehrpolitik
während der Clinton-Administration**

HSFK-Report 1/1996
Januar 1996

D 497.015

HSFK-Report 1/1996

BIBLIOTHEK
DER HESSISCHEN STIFTUNG
FÜR FRIEDENS- UND KONFLIKTFORSCHUNG



**HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG**

Dr. Bernd W. Kubbig

**AUFRÜSTUNG VOR RÜSTUNGSKONTROLLE
Amerikanische Raketenabwehrpolitik
während der Clinton-Administration**

HSFK-Report 1/1996

Frankfurt am Main

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse des Autors:

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Leimenrode 29

D-60322 Frankfurt

Telefon (069) 959104-0

Telefax (069) 558481

ISBN 3-928965-64-6

DM 12,00

Zusammenfassung

In den zurückliegenden 1000 Tagen der Regierung Clinton hat die Raketenabwehr einen prominenten Platz auf ihrer sicherheitspolitischen und rüstungswirtschaftlichen Agenda eingenommen. Der "Siegeszug" dieser Militärtechnologie hält damit unvermindert an. \$ 50 Mrd. veranschlagt das Congressional Budget Office für die Raketenabwehr der USA bis zum Jahre 2010. Dabei hätte man meinen können, der politische Sieg über die Sowjetunion im Kalten Krieg und über Saddam Hussein im für die USA letzten heißen Krieg hätten die erhoffte Friedensdividende in allen Rüstungsbereichen Wirklichkeit werden lassen.

Die Raketenabwehr unterscheidet sich von allen anderen Rüstungssektoren. Denn ihr weiterer Ausbau gerät zunehmend in Konflikt mit dem rüstungskontrollpolitisch zentralen ABM-Abkommen (Anti-Ballistic Missile) von 1972 und seiner "Philosophie" des Bilateralismus mit dem Vertragspartner Rußland. Ferner artikulieren sich die kompromißlosen Anhänger wiederbelebter SDI-Visionen aus der Ära Reagans vehementer, die sich in diesem Jahr in der "Coalition to Defend America" neu formiert haben. Sie wollen das ABM-Abkommen einseitig aufkündigen.

Die nukleare Proliferation setzten promilitärische Organisationen und Lobbygruppen wie die Heritage Foundation bereits in den späten achtziger Jahren dazu ein, um ihre finanziellen Forderungen für einen umfassenden Schutz der USA zu legitimieren. In der neueren Diskussion um die Raketenabwehr, die nicht mehr das beherrschende Thema des öffentlichen (sicherheitspolitischen) Diskurses ist wie unter Reagan, versucht von den etablierten Lobbygruppen vor allem die Heritage Foundation, mit einem umfassenden Vorschlag für eine territoriale Raketenabwehr Terrain zurückzugewinnen.

Die populistisch-aktionistische Ausprägung dieser Absichten hat in der von der "Coalition to Defend America" Anfang Juni 1995 gestarteten "Let my People Know Campaign" ihren Ausdruck gefunden. Mit dieser Kampagne möchte die "Coalition to Defend America" die "absolute Verwundbarkeit" zu einer zentralen Frage bei den nächsten Präsidentschaftswahlen, 1996, machen. Diese gesellschaftlichen Akteure eint, daß sie in erster Linie einen territorialen Raketenabwehrschirm als Antwort auf das Proliferationsproblem fordern. Die von der Clinton-Administration angestrebte taktische Raketenabwehr zum Schutz von amerikanischen Truppen und Verbündeten halten sie in Ergänzung zum Bevölkerungsschutz durchaus für wichtig.

Die politisch (gemäßigt) konservativ und liberal ausgerichteten gesellschaftlichen Gruppen agieren in einem Umfeld, das nicht nur durch neue internationale Rahmenbedingungen, sondern auch durch einen Umstrukturierungsprozeß der US-Militärwirtschaft gekennzeichnet ist. Die Rüstungsfirmen haben auf die neuen Rahmenbedingungen einerseits mit Rückzugs- und Expansionsstrategien reagiert. Andererseits haben sie sich an die neue Lage durch Konsolidierungsstrategien angepaßt. Die Militärindustrie wittert dennoch neue Marktchancen. So plant das Unternehmen Raytheon trotz aller Versuche, durch Diversifikationsmaßnahmen die Abhängigkeit vom Pentagon auf ein Verhältnis 50:50 zu

verringern, 40% seiner Rüstungsgeschäfte durch die Ausfuhr abzudecken. Sein "Exportschlager" ist vor allem die Abwehrrakete Patriot, für die ein Markt in der Türkei, Süd-Korea, Ägypten, Griechenland und Taiwan winkt.

Die Kurskorrektur von Bush zu Clinton enthält evolutionäre und revolutionäre Elemente. Das nunmehr in Ballistic Missile Defense umbenannte Raketenabwehrprogramm ist, anders als in der Ära Bush, in ein übergreifendes Präventions-Konzept eingebunden, das gegen das "Auftauchen der nuklearen Gefahr" (Perry) gerichtet ist. Die Clinton-Administration legt konzeptionell und budgetär den eindeutigen Schwerpunkt auf die Entwicklung und Erprobung von weltweit in Krisenregionen aufzustellenden Raketenabwehrwaffen gegen Flugkörper kurzer und mittlerer Reichweite (Theater Missile Defense, TMD). Rund 80 Prozent der für das Haushaltsjahr 1996 beantragten Summe von \$ 2,9 Mrd. sollen für ein flächendeckendes Verteidigungssystem ausgegeben werden.

Insgesamt bleibt die Raketenabwehr trotz - oder gerade wegen - der Kurskorrekturen auch in der Amtszeit Clinton das größte Rüstungsprojekt, für das die Administration bis zum Jahre 2001 \$ 19,5 Mrd. bereitstellen will. Diese Projekte sind allesamt in ihrem Ausmaß nicht nur deshalb problematisch, weil sie Milliarden-Summen verschlingen werden. Die THAAD und die geplanten "weiterreichenden Systeme" leiten eine neue Aufrüstungsrunde ein, rütteln am ABM-Vertrag und unterstreichen, daß die Clinton-Administration von den ihr zu Gebote stehenden Maßnahmen zur Lösung sicherheitspolitischer Probleme zunehmend auf militärtechnologische setzt.

Die Republikaner traten nach ihrem Sieg in beiden Kammern des Kongresses Anfang 1995 mit einem Programm an, das die SDI-Träume des Republikanischen Präsidenten Reagans wiederbelebte und die Kurskorrekturen unter Reagan wie auch die bescheideneren Zielvorstellungen des Nachfolgers Bush ignorierte. Der früh eingebrachte "National Security Revitalization Act" sollte die zentrale sicherheitspolitische Forderung eines umfassenden Raketenabwehrschirmes aus der Wahlkampf-Plattform "Contract With America" im politischen System qua Gesetz verbindlich machen. Daß dieser erste Versuch, die frühe Republikanisch-Reagansche Erbschaft gesetzlich zu verankern, fehlschlug, ist trotz der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus darauf zurückzuführen: die Forderung der "Verteidigungsfalken" geriet bereits in der eigenen Fraktion in Konflikt mit der Forderung der fiskalpolitischen "Defizitfalken" nach einem möglichst ausgeglichenen Haushalt.

Die von den Republikanern mehrheitlich verabschiedete Gesetzesvorlage sah die - vertragswidrige - Dislozierung von "Defensiv" waffen in mehreren Stellungen bis zum Jahre 2003 vor. Nachdem Präsident Clinton sein Veto gegen das Gesetz angedroht hatte, war eine Kompromißlösung unausweichlich. Allerdings kehrte der Vermittlungsausschuß des Kongresses Ende 1995 zu früheren - und gleichsam vertragswidrigen - Positionen zurück.

Seit Ende 1993 verhandelt die Clinton-Administration mit der russischen Regierung in Genf im Rahmen der Standing Consultative Commission (SCC) über Modifikationen des ABM-Abkommens. Daß das Abkommen dennoch in seiner Substanz auch durch die Politik der Clinton-Administration akut bedroht ist, ergibt sich aus dem neuen Schwerpunkt des Konzepts auf taktischen Raketenabwehrsystemen. Das Problem in Genf ist, eine von beiden

Seiten akzeptierte Trennungslinie zwischen "strategisch" und "nicht-strategisch" zu finden. Der Konfliktstoff und die Schwierigkeiten zwischen beiden Gesprächspartnern ergeben sich aus der Tatsache, daß vor allem zentrale TMD-Programme der USA die Trennungslinie verschwimmen lassen. In dieser Tradition steht auch die verhandlungspolitische Vorgabe der Administration für die SCC-Gespräche mit Rußland in Genf. Ihr Hauptziel ist es, gemeinsame Kriterien für die "demarcation" zwischen vertraglich erlaubten und verbotenen Fähigkeiten der Technologien zu erarbeiten, ohne daß die zentralen Waffensysteme beeinträchtigt werden. Dies gilt auch für das Ende 1995 offensichtlich erreichte Rahmenabkommen in Genf.

Unter dem Druck aus beiden Häusern des Kongresses, aber auch seitens der Militärs und der zivilen Führung des Pentagon, hat die Administration bei der Durchführung ihrer TMD-Politik neue Realitäten geschaffen. Nichts demonstriert dies mehr als der erste Test der THAAD am 21. April 1995. Auch wenn die US-Regierung alle Forderungen nach Abbruch der Genfer ABM-Gespräche ablehnt und auf der Verhandlungsebene weiterhin einen Kurs des Bilateralismus verfolgt, so macht der THAAD-Test eine unilaterale Interpretation des ABM-Vertrages erforderlich - und eine Abkehr von der bis 1994 vertretenen Auffassung. Es ist offensichtlich, daß THAAD auch im Rahmen der sogenannten engen Deutung des Vertrages das Abkommen in seiner Substanz gefährdet.

Mit ihrem Nein zu einem territorialen Raketenabwehrschirm hat die Administration Clinton neue Realitäten für die russische Regierung unter Jelzin geschaffen, die Anfang 1992 die bis dahin dominierende Ablehnung eines "Defensiv" gürtels relativierte. Jelzins UN-Rede vom Januar 1992 verwies in der Raketenabwehrfrage erstmals auf verschiedene Fraktionen in den politischen und militärischen Entscheidungszentren Moskaus sowie in der "strategic community". Gerade die Proliferationsgefahr wird neuerdings dazu eingesetzt, die mit den im Zuge der Rüstungstransformation verbundenen Einbußen durch Aufrüstungsmaßnahmen bei den Raketenabwehrwaffen abzufedern. Aber es wäre verkürzt, das Interesse Rußlands an dieser Technologie auf ökonomisch-industriepolitische Interessen reduzieren zu wollen. Als neue Bedrohungen definieren die Eliten neben der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen Konflikte wie den am Golf, lokale Kriege an der Peripherie Rußlands und separatistische Bewegungen innerhalb des Landes.

Moskau fürchtet, daß eine beträchtliche Aufrüstung bei den Raketenabwehrwaffen zu einer überlegenen Position der USA führt - und zwar gerade dann, wenn beide Seiten ihre Nukleararsenale auf 3.000-3.500 Sprengköpfe vermindern. Das Beharren der Republikaner im Vermittlungsausschuß des US-Kongresses gibt derartigen Befürchtungen neuen Auftrieb, da die angestrebten Bestimmungen als Teil der Defense Authorization Bill auf eine territoriale Verteidigung der USA hinauslaufen - und damit auf einen Bruch mit dem ABM-Vertrag. Präsident Jelzin und andere hochrangige Politiker in der Regierung in Moskau sowie führende Vertreter der Duma machen die Durchführung des START I-Vertrages und die Verabschiedung von START II davon abhängig, daß die USA sich an den ABM-Vertrag halten.

Die wirtschaftlich bedenkliche Lage in Rußland bleibt gegenwärtig ein Hindernis für ein russisches Raketenabwehrprogramm, das es mit dem amerikanischen aufnehmen könnte. Und dennoch sollte nicht davon ausgegangen werden, daß ergebnislose Verhandlungen in

Genf oder gar eine unilaterale amerikanische Aufkündigung des ABM-Vertrages in Rußland passiv hingenommen würden. Wenn die rüstungsindustriellen Gruppierungen wieder erstarken, sich die gesamte Pro-Raketenabwehr-Allianz neubelebt und sich die politischen Kräfteverhältnisse ändern, könnte es auch in Rußland zu Aufrüstungsmaßnahmen kommen, die mit dem ABM-Vertrag teilweise oder überhaupt nicht vereinbar sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich ausgerechnet nach dem beendeten Kalten Krieg die Aufrüstungskonkordien in beiden Staaten gegenseitig in die Hände arbeiten.

Von einer primär auf Rüstung setzenden Politik der USA gehen aber auch die falschen Signale für eine wirksame und breit angelegte Nichtverbreitungspolitik aus. Denn mit einer derart massiven Aufrüstung erwecken die entscheidenden Akteure in den USA den Eindruck, daß die vitalen internationalen Vereinbarungen von untergeordnetem Wert sind.

Der Schlüssel zu mehr Rüstung oder zu verstärkter Rüstungskontrolle liegt derzeit in den USA. Die Zeichen stehen auf mehr Rüstung. Die Pro-Raketenabwehr-Organisationen im gesellschaftlichen Umfeld fühlen sich im Aufwind. Es bleibt abzuwarten, wie stark sie die "Verteidigung Amerikas" zu einem öffentlichen und, 1996, wahlpolitischen Thema werden machen können. In der "gesundgeschrumpften" und damit gut positionierten Rüstungsindustrie haben diese Organisationen, denen es in erster Linie um ideologische Ziele und nicht um wirtschaftliche Interessen geht, unsichtbar agierende, starke Verbündete.

Im "Eisernen Viereck" der Raketenabwehrbefürworter fließen verschiedene außenpolitische Grundorientierungen und Motive zusammen: Unilaterale "America first"-Weltbilder und das aktiv-internationalistische Selbstverständnis der alleinigen Supermacht mischen sich mit ökonomischen und bürokratischen Interessen. Dieses Netzwerk hat sich nach dem gewonnenen Kalten Krieg und dem Zweiten Golf-Krieg verdichtet und verstetigt. Für die Zukunft von Rüstung und ihrer Kontrolle ist dieser Befund aussagekräftiger als der Versuch, die einzelnen Elemente genau gewichten zu wollen.

Gegenüber dem "Eisernen Viereck" befinden sich die liberalen Befürworter von relativ bescheidenen Programmen in der Defensive. Immerhin haben die Liberalen und gemäßigt Konservativen zentrale Forderungen der kompromißlosen Raketenabwehrbefürworter bis zum Herbst 1995 abbremsen können. Die Administration zeigte sich Ende 1995 entschlossen, die in der Vorlage des Vermittlungsausschusses wieder verschärften Vorstellungen nicht zu akzeptieren. Ob sich diese Tendenz im Wahljahr 1996 fortsetzt, wird sich zeigen. Der beste Garant für Rüstungskontrolle wäre, wie in der Vergangenheit auch, wenn vermittelt über einen wirtschaftlichen Engpaß in größerem Ausmaß "fiskalpolitische Falken" in den Kongreß gelangten, die wiederum für einen vorsichtigeren Kurs in der Raketenabwehrpolitik plädieren würden. Ein Republikaner als Nachfolger des Demokraten Clinton mit einer Mehrheit seiner Partei in beiden Häusern des Kongresses wäre indes eine Gewähr dafür, daß sich der Vorrang der Rüstung verstärkt fortsetzt. Unabhängig von diesem für die Rüstungskontrolle "worst case-Szenario" deutet gegenwärtig Vieles darauf hin, daß sich 1996 die Auseinandersetzungen um den ABM-Vertrag verschärfen werden.

Die Bundesregierung in Bonn sollte sich darauf einstellen, daß das verstärkte US-Interesse an der Raketenabwehr auch in der Ära Clinton auf Angebote und Vorschläge hinausläuft, sich stärker in diesem Bereich zu engagieren. Im Vergleich zu den USA und Frankreich hat die Bundesrepublik bisher auf die Proliferationsgefahren vorrangig mit politischen Maßnahmen reagiert. Ein stärkeres Interesse an der Abwehr von Raketen ist in der Bundesrepublik unverkennbar.

Unverkennbar ist jedoch auch das bundesdeutsche Interesse an einem US-russischen Verhältnis, das sich durch die Aufrüstung der Vereinigten Staaten nicht verschlechtert. An einer stagnierenden oder gar gefährdeten Rüstungskontrolle bei START I und II, die den Beginn eines neu aufkeimenden Ost-West-Konflikts signalisiert, kann der Bundesrepublik nicht gelegen sein. Obwohl die Bundesrepublik nicht Unterzeichnerin des ABM-Abkommens ist, sollte sie jene Akteure in der Regierung Clinton stärken, die den Vertrag multilateralisieren wollen.

Inhalt

	Seite
1. Altes Handlungsmuster, neue Rahmenbedingungen: "Aufrüstung first"	1
2. Internationale und inneramerikanische Determinanten	3
2.1 Einstellungen in der amerikanischen Bevölkerung	3
2.2 Die populistischen Befürworter eines territorialen Schutzschildes auf dem Vormarsch?	4
2.3 Die gemäßigten Anhänger von "Defensiv"konzepten	7
2.4 Die Skeptiker und Gegner der Abwehrprogramme	8
2.5 Rüstungstransformation im Kontext der technologie- und industriepolitischen Vorgaben der US-Regierung	11
3. Das neue Raketenabwehrkonzept der Clinton-Administration	14
3.1 Die Einbindung der Raketenabwehr in die militär- und nukleare Präventivstrategie der USA	15
3.2 Das Kernelement des Konzepts: Die taktischen Abwehrprogramme	16
4. Visionen, Realitäten und Kompromisse im Republikanisch dominierten Kongreß	18
4.1 Vorgeschichte	18
4.2 Entwicklungen im Jahre 1995	18

5. Die amerikanisch-russischen Gespräche zur Abänderung des ABM-Vertrages	22
6. Folgen für die Rüstungskontrolle	28
6.1 Die Gefährdung des ABM-Vertrages und der nuklearen Rüstungsreduktionen im Rahmen von START I und II	28
6.2 Falsche Signale für die weltweite Abrüstung	31
6.3 Das "Eiserne Viereck" verfestigt sich in den USA	32
7. Handlungsoptionen für die bundesdeutsche Politik	35
 Anmerkungen	 37
 Literaturverzeichnis	 39
 Anhang	
1: Unterzeichner des Statement der Coalition to Defend America: "Endorsement of the 'Defend America Act of 1995'"	
2: Ballistische Raketen in der Dritten Welt (Tabelle 1)	
Charakteristika der allgemein diskutierten taktischen ballistischen Raketen (Tabelle 2)	
3: PAC Contributions from Top SDI Defense Contractors to Current Members of the House National Security Committee	

1. **Altes Handlungsmuster, neue Rahmenbedingungen: "Aufrüstung first"**

In den zurückliegenden 1000 Tagen der Regierung Clinton hat die Raketenabwehr einen prominenten Platz auf ihrer sicherheitspolitischen und rüstungswirtschaftlichen Agenda eingenommen. Der "Siegeszug" dieser Militärtechnologie hält damit unvermindert an. \$ 50 Mrd. veranschlagt das Congressional Budget Office für die Raketenabwehr der USA bis zum Jahre 2010. Dabei hätte man meinen können, der politische Sieg über die Sowjetunion im Kalten Krieg und über Saddam Hussein im für die USA letzten heißen Krieg hätten die erhoffte Friedensdividende in allen Rüstungsbereichen Wirklichkeit werden lassen.

Gewiß, Militär und wehrtechnische Unternehmen haben auch in den USA bei der Beschaffung neuer Waffen "abspecken" müssen. Daß die Raketenabwehr nicht hierzu gehört, liegt mit an jenen beiden "victories". Die sich neu justierende Rolle der USA in der Welt basiert auf einem Selbstverständnis für globales Engagement, trotz aller unübersehbaren - aber nicht mehrheitsfähigen - isolationistischen Strömungen und Tendenzen. Die Militärstrategien und in ihrem Rahmen die Raketenabwehrwaffen sind darauf ausgerichtet, den letzten Golf-Krieg noch einmal - und noch höher - gewinnen zu können.

Die Raketenabwehr unterscheidet sich von allen anderen Rüstungssektoren. Denn ihr weiterer Ausbau gerät zunehmend in Konflikt mit dem rüstungskontrollpolitisch zentralen ABM-Abkommen (Anti-Ballistic Missile) von 1972 und seiner "Philosophie" des Bilateralismus mit dem Vertragspartner Rußland. Ferner artikulieren sich die kompromißlosen Anhänger der wiederbelebten SDI-Vision aus der Ära Reagans vehementer, die sich in diesem Jahr in der "Coalition to Defend America" neu formiert haben. Sie wollen das ABM-Abkommen einseitig aufkündigen. Derartige unilaterale Forderungen sind im Republikanisch dominierten Kongreß zwar noch nicht mehrheitsfähig; sie werden jedoch von einer größeren Anzahl von Abgeordneten und Senatoren erhoben.

Die Clinton-Administration weiß sich auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle gegenüber Rußland dem Prinzip des Bilateralismus verpflichtet. Allerdings ist ihre Politik da durch einen schleichenden Unilateralismus gekennzeichnet, wo es darum geht, neue Militärtechnologien gegen die im ABM-Abkommen festgelegten Beschränkungen durchzusetzen. Dadurch gerät dieser Vertrag weiter unter Druck. Die Folgen für die bilateralen Rüstungskontrollvorhaben wie für die weltweite Abrüstung sind äußerst bedenklich. Denn Abänderungen des Abkommens, die nicht das Ja der Moskauer Führung finden, könnten dazu führen, daß die russischen Eliten die nukleare Rüstungsreduzierung im Rahmen von START I und II abbremsen oder gar stoppen. Nicht auszuschließen ist auch, daß durch einen "Rechtsruck" in Rußland die Rüstungsbefürworter stärker werden und sich wie zur Zeit des Ost-West-Konflikts in beiden Ländern zuarbeiten. Das liefe auf eine neue Runde in der Rüstungsdynamik hinaus.

Die Vereinigten Staaten haben es gegenwärtig in der Hand, ob sich die US-russischen Beziehungen derzeit mehr in Richtung Rüstungsdynamik oder Rüstungskontrolle bewegen.

Daß die Chancen für "arms control" schlecht stehen, obwohl es den Hauptfeind von gestern gar nicht mehr gibt, bedarf der Erklärung. Hier soll der Hinweis darauf genügen, daß sich in den USA auf dem Raketenabwehrsektor ein "Eisernes Viereck" ("Militärisch-Industrieller Komplex"; "militärisch-industrielles Netzwerk") unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Akteure mit verschiedenen Interessen herausgebildet und stabilisiert hat. In ihm kommen außenpolitische und innergesellschaftliche Faktoren zusammen, wobei auffällig ist, daß sich die außenpolitischen Grundorientierungen und Vorschläge zur Lösung der Probleme sowohl bei den Liberalen als auch bei den Konservativen durch Kontinuität auszeichnen - so, als hätte es die durch den Zusammenbruch der UdSSR eingetretene weltpolitische Zäsur gar nicht gegeben. Die Anpassung an die veränderten Rahmenbedingungen ist indes am stärksten bei der Rüstungsindustrie zu beobachten.

Dem verstärkten Interesse wichtiger US-Akteure an einer globalisierten Raketenabwehrpolitik wird sich Europa nicht entziehen können, zumal ein entsprechendes Netzwerk sich auf dem "alten Kontinent" ebenfalls zu formieren beginnt. Umso wichtiger ist es, daß die Bundesregierung in Bonn in der NATO für den Vorrang export- und rüstungskontrollpolitischer Maßnahmen vor der Entwicklung und der Aufstellung von Militärtechnologien wirbt. An einer Schwächung oder gar Aufkündigung des ABM-Vertrages und den sich daraus ergebenden negativen sicherheitspolitischen Folgen im Ost-West-Verhältnis kann Bonn kein Interesse haben. Deswegen ist es notwendig, gegenüber Moskau und Washington darauf zu beharren, daß der Vertrag in einer Weise zwischen beiden Seiten abgeändert wird, die der Rüstungsdynamik auf dem Raketenabwehrsektor nicht Tor und Tür öffnet.

2. Internationale und inneramerikanische Determinanten

2.1 Einstellungen in der amerikanischen Bevölkerung

Die amerikanische Öffentlichkeit und ihre Eliten blicken derzeit nach innen, ohne daß sie deshalb als isolationistisch zu bezeichnen sind. Von einem "aktiven Internationalismus" sind sie ebenso weit entfernt, die vorherrschende Einstellung ist durch einen "pragmatischen Internationalismus" geprägt. Die Mehrheit der Amerikaner plädiert demnach durchaus dafür, sich etwa im Rahmen von UNO und NATO zu engagieren. Die USA sollen sich aber nur dann auf die Probleme anderer Staaten einlassen und militärische Gewalt anwenden, wenn ihre "vitalen Interessen" auf dem Spiele stehen. Die vorrangigen zehn "nationalen Probleme" definiert die Mehrheit der Bevölkerung ausschließlich als inneramerikanische. Kriminalität, Arbeitslosigkeit und Gesundheitsfürsorge/Versicherung rangieren auf den ersten drei Plätzen, gefolgt von Drogenmißbrauch, Armut und Erziehungsproblemen. Nur bei den befragten Eliten firmieren unspezifische außenpolitische Fragen auf Platz 10. Seit 1978 ist das Interesse an außenpolitischen Themen insgesamt nicht mehr so gering gewesen. Die wesentliche Ursache hierfür ist das Ende des Ost-West-Konflikts, der die Einstellung zu außenpolitischen Fragen und ihre Wertigkeit maßgeblich mitbestimmt hat.

Auf der Rangskala außenpolitischer Ziele und Interessen nehmen die Verhinderung des Rauschgiftschmuggels und der Schutz der US-Arbeitsplätze den ersten und zweiten Platz ein, gefolgt von der Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen. Die Kontrolle und Verringerung der illegalen Einwanderung, die Sicherung ausreichender Energiezufuhr, die Verminderung des Handelsdefizits und die Verbesserung des globalen Umweltschutzes schließen sich an. Die Bekämpfung des Hungers in der Welt, der Schutz amerikanischer Geschäftsinteressen und selbst die Stärkung der Vereinten Nationen sowie der Erhalt der weltweiten militärischen Überlegenheit sind außenpolitische Ziele, die in der Umfrage des Chicago Council on Foreign Relations vom Herbst 1994 von einer Mehrheit der Nicht-Eliten befürwortet werden.

Gegenüber den früheren Jahrzehnten hat damit die Proliferation als Gefahrenquelle einen Stellenwert, den während des Kalten Krieges die Sowjetunion einnahm. Für 82% der befragten "Durchschnitts-Bürger" und 90% der interviewten Führungskräfte aus verschiedenen Bereichen stellt die - nicht weiter spezifizierte - nukleare Weiterverbreitung die vorrangige außenpolitische Bedrohung dar. Auch wenn Rußland die Einstellungsmuster der Amerikaner nicht mehr entscheidend und nachhaltig prägt wie seinerzeit die Sowjetunion, bleibt es eine wichtige Bezugsgröße. Rußland ist in der Rangliste der für die USA wichtigsten Länder auf den dritten Platz zurückgefallen, während Japan Saudi-Arabien vom ersten Platz verdrängt hat. Unter den Staaten, die aus amerikanischer Sicht eine größere Rolle spielen werden als heute, nimmt Rußland nach China, Japan und Deutschland den vierten Platz ein. Allerdings stellt das Militärpotential Rußlands immer noch für 32% der Befragten eine zentrale Bedrohung dar (1990: 33%), bei den Eliten ist dieser Anteil mit 16% auffallend geringer (1990: 20%). Was die Gestaltung der US-russischen Beziehungen anbelangt, so ist die

Bereitschaft, Moskau wirtschaftlich zu helfen, 1994 beim "Normalbürger" merklich zurückgegangen; bei den Führungskräften ist sie indes beträchtlich gestiegen.

Auffallend - und überraschend - ist, daß sich 1994 die Neigung für mehr Rüstungsausgaben bei den Befragten beider Kategorien gegenüber 1990 verstärkt hat, während eine Mehrheit von 41 % die derzeitigen Militäraufwendungen für ausreichend hält. Aber immerhin wollen noch 34 % der "Normalbürger" und 38 % der Führungskräfte die Rüstungsausgaben kürzen. Daß der Anteil dieser Gruppierung trotz des beendeten Ost-West-Konflikts gegenüber 1990 zurückgegangen ist, könnte mit der unsicheren Weltlage und dem gestiegenen Einfluß der einzig verbliebenen Weltmacht USA zusammenhängen. Weitaus ausgeprägter ist das Bedürfnis vor allem unter den "Normalbürgern", die staatlichen Programme zur Bekämpfung der sozialen Probleme (Kriminalität) sowie für bildungs- und gesundheitspolitische Maßnahmen auszubauen (The Chicago Council... 1995).

2.2 Die populistischen Befürworter eines territorialen Schutzschildes auf dem Vormarsch?

Die nukleare Proliferation setzten promilitärische Organisationen und Lobbygruppen wie die Heritage Foundation bereits in den späten achtziger Jahren dazu ein, um ihre finanziellen Forderungen für einen umfassenden Schutz der USA zu legitimieren. Trotz der merklich zurückgehenden Gefahren durch die Sowjetunion blieben ihre Budgetvorstellungen deshalb unvermindert hoch. Die Reagan-Administration hatte zentrale Elemente ihrer Vision eines militärisch starken Amerika übernommen, dessen Überlegenheit vor allem auf einem Schutzgürtel aus Raketenabwehrwaffen gründen sollte. Bereits in der Bush-Administration, in deren Politik die Raketenabwehr nicht mehr die herausragende Rolle spielte wie unter Reagan, ging der Einfluß der Heritage Foundation und anderer Pro-"Star Wars"-Organisationen wie High Frontier merklich zurück.

Das gilt erst recht für die Zeit seit Clintons Amtsantritt. Die neue Regierung lehnt ein territoriales Schutzsystem, in dem Weltraumwaffen ein zentrales Element sind, ab. In der neueren Diskussion um die Raketenabwehr, die nicht mehr das beherrschende Thema des öffentlichen (sicherheitspolitischen) Diskurses ist wie unter Reagan, versucht von den etablierten Lobbygruppen vor allem die Heritage Foundation, mit einem umfassenden Vorschlag für eine territoriale Raketenabwehr Terrain zurückzugewinnen. In der "Team B Study Group", die einen "kurz- und langfristigen Plan zur Aufstellung von Abwehrsystemen" (The Heritage Foundation 1995) erarbeitete, haben sich ehemals führende Bürokraten, Militärs, Politiker und Strategieexperten zu einem neuen intellektuellen Netzwerk zusammengefunden. Ihr Hauptziel ist es, die militärische Verteidigung der Vereinigten Staaten mit "Defensiv" waffen zu einem vorrangigen Thema und zur offiziellen Politik zu machen.

Die populistisch-aktionistische Ausprägung dieser Absichten hat in der von der "Coalition to Defend America" Anfang Juni 1995 gestarteten "Let my People Know Campaign" ihren Ausdruck gefunden. Diese konservative "grass-roots"-Bewegung versteht sich als ein "unmittelbares Ergebnis" des Proliferationsproblems, das in den in Auftrag gegebenen Umfragen eine große Rolle spielte. Die Interviews der "Campaign" hätten erbracht: Die meisten

Amerikaner glaubten fälschlicherweise, daß die USA bereits gegen einen Raketenangriff geschützt seien (Coalition..., News Release, 4. 6. 1995, S. 1). Die Mobilisierungsstrategie der "Campaign" zielt darauf ab, diesen Irrtum zu korrigieren, und zwar durch Aufklärungsarbeit im Kongreß und durch breit angelegte Medienaktivitäten, die sich hochemotionaler Werbespots bedienen.

Koordiniert wird die "Campaign" vom Direktor des Center for Security Policy in Washington, D.C., und "Washington Times"-Kolumnisten Frank Gaffney, der früher im Pentagon arbeitete (die in Sachen Raketenabwehr über Administrations-interne Positionspapiere vorzüglich informierte "Washington Times" ist zu einem wichtigen publizistischen Organ für die "Defensiv"option geworden). Mit dieser Kampagne, die in ihrer religiösen Rhetorik die Auserwähltheit des amerikanischen Volkes suggeriert, möchte die "Coalition to Defend America" die "absolute Verwundbarkeit" zu einer zentralen Frage bei den nächsten Präsidentschaftswahlen, 1996, machen. Der von ihr unterstützte und wohl mit erarbeitete "Defend America Act of 1995", Mitte Oktober 1995 von einigen Abgeordneten im Repräsentantenhaus eingebracht, ist ein erster Schritt auf diesem Wege. Die zahlreichen Befürworter dieser programmatischen Gesetzgebung repräsentieren überwiegend das konservative Lager der Republikaner (siehe ANHANG 1). (1) Es hat derzeit den Anschein, als entwickle sich die "Coalition" zu einem organisatorischen Sammelbecken mit der Raketenabwehr als politischem Fokus.

Diese gesellschaftlichen Akteure eint, daß sie in erster Linie einen territorialen Raketenabwehrschirm als Antwort auf das Proliferationsproblem fordern. Die von der Clinton-Administration angestrebte taktische Raketenabwehr zum Schutz von amerikanischen Truppen und Verbündeten halten sie in Ergänzung zum Bevölkerungsschutz durchaus für wichtig. Damit knüpfen die Konservativen trotz der veränderten internationalen Rahmenbedingungen ungebrochen an die globalen Abwehrkonzepte aus der Ära Reagan an, in denen taktische Raketenabwehrwaffen genauso einen festen Platz hatten wie see- und weltraumgestützte Systeme. Der Vorrang für den Schutz des Territoriums ist ein Gradmesser für eine ausgeprägte "America First"-Haltung und für eine - aber keinesfalls durchgängige - isolationistische Neigung.

Das außenpolitische Weltbild dieser Gruppierung beruht - wie zur Zeit des Ost-Konflikts - auch nach dem Zusammenbruch der UdSSR weiterhin auf einem engen militärischen Verständnis von Sicherheit. Die sozial- und wirtschaftspolitischen Dimensionen blenden die unbedingten Anhänger einer Raketenabwehr aus. Es hat den Anschein, daß sie die inner-amerikanischen Probleme, für die es keine technologische Lösungen gibt, nach außen projizieren - es sei denn, man bringt, wie Gaffney dies tut, etwa die Katastrophe von Oklahoma City mit der Raketenabwehr als Schutzmöglichkeit für die US-Öffentlichkeit so in Verbindung, daß die politischen Ursachen des Anschlages ignoriert werden können (Gaffney, Jr., 9. 5. 1995). Für diese außerhalb der USA angesiedelten Hauptgefahren präsentieren die Konservativen dann in erster Linie nach wie vor Militärtechnologien wie die Raketenabwehr, die ihnen zugleich Überlegenheit garantieren soll.

Um ihr Hauptziel des nationalen Verteidigungsgürtels zu begründen, haben die Konservativen auch in den letzten Jahren suggeriert, daß die neuen, problematischen Staaten es hauptsächlich auf das US-Territorium abgesehen haben. Zu den Ländern, gegen die es sich jetzt

bereits zu schützen gelte, zählen die kompromißlosen Befürworter weiterhin China, den Iran, Irak (!), Libyen und Syrien. Die unterschiedliche Reichweite der (zum Teil erst in der Entwicklung befindlichen) Raketen in Dritte-Welt-Staaten berücksichtigen sie auch in neueren Analysen nicht angemessen. (2) Die Übersteigerung der Gefahren wird überaus deutlich, wenn man die Konservativen mit der Bedrohungsperzeption des raketenabwehrfreundlichen Pentagon kontrastiert. Seiner Einschätzung zufolge gehen 97% der Gefahren von Raketenpotentialen mit einer Reichweite von weniger als 1.000 km aus (CBO 1994, S. 7). Vor allem in der Entwicklung der Taepo Dong 2 Nord-Koreas sieht etwa die "Team B Study Group" der Heritage Foundation eine neue und besondere Bedrohung - und zwar nicht nur gegen die US-Interessen in jener Region, sondern auch gegen das Territorium der USA selbst. Es ist schwer einzusehen, wie das Regime in Pjongjang mit dieser Rakete, für die in der Literatur grob eine Reichweite von 2.000 bis 3.500 km angenommen wird (CBO 1994, S. 8), das amerikanische Kernland erreichen kann (siehe ANHANG 2).

Selbst wenn dies technisch irgendwann einmal möglich wäre, lassen sich hier - wie bei den anderen als unberechenbar eingestuften Staaten - militärische Fähigkeiten und Absichten nicht unbedingt und automatisch gleichsetzen. Das gilt im übrigen auch für Indien, Saudi-Arabien und Israel, die ebenfalls Mittelstreckenraketen besitzen, jedoch den USA freundlich gesinnt sind. Daß die Staaten der Dritten Welt aus einer Vielzahl status-, regional- und machtpolitischer sowie bürokratisch-wirtschaftlicher Motive an einem eigenen nuklearen Programm interessiert sind, berücksichtigen die Argumentationsmuster der konservativen Raketenabwehranhänger auch in jüngster Zeit nicht.

Zu bedenken ist im Falle Nord-Koreas auch, daß das als schier unkalkulierbar und rücksichtslos eingeschätzte, ehemals isolierte Regime immerhin inzwischen zu einem Verhandlungspartner der USA geworden ist. Da die kompromißlosen Raketenabwehrbefürworter nahezu völlig auf die "technologische Karte" setzen, um die Proliferation einzudämmen, halten sie diplomatische (und exportkontrollpolitische) Maßnahmen für kaum bedeutsam. Dabei ist es gerade Nord-Korea, das aufgrund einer gut orchestrierten Druck-Diplomatie der USA auf seine Kapazitäten zur Wiederaufbereitung bombenfähigen Materials verzichtete und Kontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien zustimmte.

Zum außenpolitischen Credo dieser Gruppierung gehört auch ihr Unilateralismus, der sich wiederum aus der technologisch definierten Überlegenheit ableiten läßt. Alles, was machbar ist, soll auch erforscht, entwickelt, getestet und aufgestellt werden. Entsprechend hoch sind die Budgetforderungen für die nächsten Jahre. Die Heritage Foundation verlangt mit \$ 4 Mrd. pro Haushaltsjahr \$ 1 Mrd. mehr als die Clinton-Administration, die gegenwärtig immerhin \$ 2,9 Mrd. beantragt hat. Die Konservativen fordern insbesondere mehr Gelder für die Weltraumprogramme und für diejenigen Projekte der Marine, die den ABM-Vertrag verletzen werden.

Der Raketenabwehrvertrag von 1972 steht aus der Sicht der Konservativen nicht nur für die kodifizierte technologische Selbstbeschränkung der Vereinigten Staaten; er ist auch ein Synonym für das moralisch nicht annehmbare System nuklearer Abschreckung, das auf dem Prinzip wechselseitiger Zerstörung gründe. Das ABM-Abkommen ist für diese politische Gruppierung ferner das inakzeptable Ergebnis des amerikanisch-sowjetisch/russischen Bilateralismus. Die Rückkehr zu technologischer Überlegenheit und politischem Unilateralismus

drückt sich gegenwärtig in der Forderung aus: Die USA sollen sich von der "linkage"-Politik Moskaus nicht erpressen lassen, die die Durchführung des START I-Abkommens und die Ratifizierung des START II-Vertrages von der amerikanischen Einhaltung des ABM-Abkommens abhängig macht. Seit Jahren ist es das politische Hauptziel der kompromißlosen Raketenabwehranhänger, das ABM-Vertragswerk einseitig aufzukündigen. Die explizite "Bekräftigung" der "Coalition to Defend America" für den "Defend America Act of 1995" ist das vorerst sichtbarste Glied in einer langen Kette von Maßnahmen, den zentralen Rüstungskontrollvertrag zu zerstören (Coalition...1995, Endorsement...).

Der Abwehrgürtel, der auf der Auffassung vom Primat wirksamer Technologie basiert ("technology first"), läßt auch im amerikanisch-russischen Verhältnis wenig Platz für export- und rüstungskontrollpolitische Maßnahmen, die die wahrgenommenen Gefahren direkt durch die Verschrottung der nuklearen Sprengköpfe im Rahmen von START vermindern könnten. Den entsprechenden Initiativen, Rußland finanziell hierbei zu unterstützen, stehen die kompromißlosen Anhänger skeptisch bis ablehnend gegenüber. Dabei haben sie noch während der Bush-Administration eigene Netzwerke mit russischen Kollegen aufgebaut, um die Jelzin-Offerte vom Januar 1992 aufzugreifen und umzusetzen; sie sah vor, mit den USA und anderen Staaten ein globales Abwehrsystem zu entwickeln.

Hier kommen die unbedingten Raketenabwehrbefürworter konzeptionell in die Zwickmühle (The Heritage Foundation 1995, S. 13f.). Denn warum sollen die Russen, denen sie sonst mißtrauen, ein verlässlicher Kooperationspartner sein, wenn es um einen gemeinsamen "Schirm" gegen Raketen geht? Dieser Widerspruch läßt sich nur dann auflösen, wenn die USA den weltweiten "Schirm" unilateral in einer Weise errichten und kontrollieren, ohne daß ihre Handlungsspielräume in irgendeiner Weise eingeschränkt würden. Das Hauptproblem der Konservativen aber ist gegenwärtig ein politisches: Da die Clinton-Administration an einem solchen System nicht interessiert ist, sind die Aussichten auf ein kooperatives Unternehmen ohnehin schlecht. Keine Basis hat damit die frühere Strategie der US-Befürworter, das Interesse der russischen Kollegen an einem globalen "Schirm" dazu zu nutzen, die politischen Bedingungen für eine Abwehr der Vereinigten Staaten zu verbessern (Kubbig/Müller 1993, S. 58ff.).

2.3 Die gemäßigten Anhänger von "Defensiv"konzepten

Zu der Gruppe der in sich nicht einheitlichen, partiell gemäßigt konservativen Raketenabwehrbefürworter gehören beispielsweise das Center for Strategic and International Studies in Washington, D.C., und das Institute for Foreign Policy Analysis in Cambridge, Mass. (Center.../Council... 1993 bzw. Institut for Foreign Policy Analysis 1994). Die Grenzen zum ehemals strikt konservativen wie zum liberalen Rüstungskontroll establishment sind fließend geworden, wie die Mitglieder und Berater beider Arbeitsgruppen dokumentieren. Gerade in der "politischen Mitte" findet eine gewisse Neuordnung der Positionen, Forderungen und der ihr zugrunde liegenden außenpolitischen Weltbilder statt.

Gekennzeichnet ist die außenpolitische Grundorientierung der gemäßigt Konservativen durch eine (etwas) differenziertere Analyse der Bedrohungslage und durch einen eher akti-

ven Internationalismus. Er drückt sich in einem deutlichen Plädoyer für ein globales militärisches US-Engagement in Krisensituationen aus (im letzteren Punkt liegt der wichtigste Unterschied zwischen der Heritage Foundation und des Institute for Foreign Policy Analysis, das sonst Vieles mit den unbedingten Befürwortern gemeinsam hat). Auf den weltweiten Einsatz der USA gilt es, Strategie und die Streitkräfte auszurichten. Maßnahmen auf dem Gebiet der Rüstungs- und Exportkontrolle sind nicht unwichtig, reichen aber aus dieser Sicht bei weitem nicht zur wirksamen Bekämpfung der Proliferation aus. In regionalen Krisen und Konflikten ist die Raketenabwehr zum Schutz der US-Interessen, der Verbündeten und der Truppen der USA äußerst wichtig. Präventive (Nuklear)schläge zur Ausschaltung eines bedrohlichen Atompotentials sind legitime "Counterproliferation"-Maßnahmen. Die Bedrohung der USA sehen die gemäßigt Konservativen kurz- und mittelfristig nicht als Problem an, ein territorialer Schutz gehört deshalb nicht zu ihren vorrangigen Forderungen.

Diese heterogene Gruppierung setzt weniger auf Unilateralismus denn auf "American Leadership", um in Kooperation mit den jeweiligen Verbündeten die taktischen Raketenabwehrwaffen aufzustellen. Die nukleare Abschreckung bleibt für sie der Garant von Sicherheit, aber sie bedarf angesichts "nicht abschreckbarer" Diktatoren wie Saddam Hussein der Ergänzung durch die Raketenabwehr, um glaubwürdig zu bleiben. In einem angemessenen Konzept von Abschreckung als einer Mischung von offensiven und "defensiven" Elementen muß die Raketenabwehr ausgebaut werden.

Das Verhältnis der USA zu Rußland bleibt für die Konservativen zentral. Auch wenn Rußland aufgrund der militärischen Altlasten des Ost-West-Konflikts ein Teil des Problems ist, so ist es auch ein Teil der Lösung für die Proliferationsgefahren, denen sich beide Länder ausgesetzt sehen. Hieraus ergibt sich ein breiter Forderungskatalog, in dem die Reduzierung der nuklearen Bedrohungspotentiale ein wichtiges Element ist. Die Einschätzung Moskaus bleibt aus dieser Perspektive ambivalent. Rußland ist ein wichtiger Kooperationspartner, und zwar nicht nur im engen nuklearstrategischen und militärischen Sinne, sondern auch wegen der notwendigen Zusammenarbeit in Krisensituationen; aber die USA müssen sich auf unerwartete politische Entwicklungen in Rußland einstellen und sich gegen sie - etwa durch "Defensiv" waffen - wappnen.

Der Bilateralismus stößt für diese Gruppierung im Hinblick auf den ABM-Vertrag dann an seine Grenzen, wenn Moskau nicht bereit sein sollte, die Entwicklung der für die USA zentralen Raketenabwehrtechnologien durch entsprechende vertragliche Veränderungen zu gewährleisten. Das ABM-Abkommen steht deshalb grundsätzlich zur Disposition. Eine Reihe von gemäßigt Konservativen hat konkrete Vorschläge für eine Zusammenarbeit der USA mit Rußland bei taktischen Raketenabwehrwaffen gemacht, die sich an einen solchen bedingten Bilateralismus orientieren.

2.4 Die Skeptiker und Gegner der Abwehrprogramme

Deutlicher abzugrenzen gegen das Spektrum der konservativen Raketenabwehranhänger sind die liberalen Skeptiker, Kritiker und Gegner bestimmter Programme - auch wenn es hier Institute wie etwa das Henry L. Stimson Center gibt, die einerseits für eine bilaterale

Anpassung des ABM-Vertrages an neue taktische Raketenabwehrtechnologien plädieren (Krepon 1995), andererseits aber die nukleare Rüstungsreduktionen im Rahmen von START I und II nicht in Gefahr bringen wollen (Krepon, 24. 7. 1995). Zu den eindeutig liberalen Organisationen gehören - wie bereits zur Zeit des Ost-West-Konflikts - die Arms Control Association sowie bezeichnenderweise zwei Vereinigungen von Naturwissenschaftlern, die Union of Concerned Scientists und die Federation of American Scientists. Beide haben kein Pendant bei den konservativen Gruppierungen. Ihr spezifischer Beitrag besteht darin, im übrigen nicht unumstrittene Kalkulationen (CBO 1994, S. 11ff.) zur Verteidigungsfähigkeit der entwickelten "Defensiv" waffen vorgelegt zu haben. Den Berechnungen zufolge dürften die taktischen Systeme zur Abwehr von Punktzielen durchaus auch zur rüstungskontrollpolitisch problematischen (ABM-Vertrag!) Verteidigung von Gebieten taugen (Gronlund u.a. 1994).

Was sich in der Bush-Administration bereits abzeichnete, hat sich in Clintons Amtszeit bestätigt: Der letzte Golf-Krieg, der demonstrierte, wie konkret die Proliferationsgefahr sein kann, hat den Minimalkonsens unter allen drei großen politischen Gruppierungen verstärkt. Waffen zur Abwehr von Raketen taktischer Reichweite (Theater Missile Defense, TMD oder Anti-Tactical Ballistic Missile) halten auch die Liberalen grundsätzlich für notwendig; sie plädieren jedoch nur für ein Minimalprogramm. Insofern gibt es im strikten Sinne keine prinzipiellen Raketenabwehrgegner in den USA. Aber ähnlich wie bei den Nuklearwaffen (und anders als bei den immer strittigen Weltraumsystemen) gibt es einen Dissens zwischen Liberalen und Konservativen in folgenden Punkten: die notwendige Anzahl und die Fähigkeiten der taktischen Raketenabwehrwaffen; ihr Stellenwert in der Militärstrategie der USA; ihre Bedeutung gegenüber den offensiven Nuklearwaffen und die Bedeutung von rüstungskontroll- und exportpolitischen Maßnahmen zur Eindämmung der Proliferationsgefahren; die Einschätzung der Bedrohung.

Die Rüstungskontrolle ist der Dreh- und Angelpunkt im liberalen außenpolitischen Weltbild der Kritiker und Gegner eines ausgedehnten Raketenabwehrprogramms. Sie sind vorwiegend als zurückhaltende Internationalisten einzustufen, weniger als Isolationisten. "Arms control" - und nicht die auf der Basis aller verfügbaren Technologien angestrebte militärische Überlegenheit - war aus ihrer Sicht das entscheidende sicherheitsstiftende Element bereits während des Ost-West-Konflikts. Diesen Stellenwert nimmt die Rüstungskontrolle auch unter den veränderten Rahmenbedingungen ein. Mit den Konservativen haben die Liberalen gemein, daß ihre außenpolitische Grundorientierung auch unter den veränderten internationalen Rahmenbedingungen im wesentlichen gleich geblieben ist.

Die Liberalen leugnen die Proliferation und die von ihr ausgehenden Gefahren nicht. Sie liefern indes die differenzierteste Bedrohungsanalyse, die zwischen derzeitigen und potentiellen Gefahren sowie zwischen der militärischen Fähigkeit und einer eventuellen Absicht eines Dritte-Welt-Staates unterscheidet. Ferner gehen in ihre Bedrohungsperzeption die verschiedenen innergesellschaftlichen und regionalen Motivationen der Länder mit nuklearen Ambitionen ein. Die Liberalen befürworten den Einsatz von Raketenabwehrwaffen wie die Patriot, und sie plädieren sogar für effizientere Nachfolgesysteme. An diesem Punkt hört die konsensbildende Wirkung des letzten Golf-Krieges bereits auf.

Mit guten Gründen bezweifeln die Liberalen die Plausibilität von Szenarien, die von einem potentiellen Einsatz der Abwehrwaffe vom Typ THAAD (siehe ausführlich 3.1) mit einer Reichweite von 3.000 km ausgehen. Die Skeptiker und Gegner eines umfassenden Abwehrprogramms legen überzeugend dar, daß man eine solche weitreichende Waffe angesichts der weitaus geringeren geographischen Entfernung weder in Japan gegenüber Nord-Korea noch in Israel gegenüber Iran benötige (Pike/Corbin 1994, S. 7). Führende politisch liberale Physiker wie Hans Bethe, Richard Garwin und Kurt Gottfried halten unter Berufung auf den Direktor des militärischen Geheimdienstes der USA den ungewollten oder nicht genehmigten Abschuß einer russischen Rakete für unwahrscheinlich. Sie verweisen ferner darauf, daß die amerikanische Regierung mit China über Kontrollmechanismen zur Verhinderung eines unbeabsichtigten Raketenstarts verhandele. Zudem hätten die USA im Falle einer sich abzeichnenden Gefahr von weitreichenden Waffen aus der Dritten Welt eine beträchtliche Vorwarnzeit, weil die Raketen getestet werden müßten (Congressional Record, 2. 8. 1995, S. S11142f.).

Die Liberalen befürchten dreierlei: daß eine primär "hochtechnologische Lösung auf eine übertriebene Gefahr" (Keeny, Jr., 1994, S. 7) die allein unter Kostengesichtspunkten attraktiveren rüstungskontroll- und exportpolitischen Maßnahmen zur Eindämmung der Proliferation unterbewertet; daß das Programm der Clinton-Administration zu einem begrenzten territorialen Abwehrschirm führen könnte, was wiederum Rußland davon abhalten dürfte, ihr Nukleararsenal im Rahmen von START II beträchtlich zu verringern; daß eine umfassende Raketenabwehr zu einer weltweiten Aufrüstung führt (siehe Kapitel 5 und 6.). Die Liberalen verlangen ein "radikal vermindertes" (Keeny, Jr., 1994, S. 7) TMD-Programm, das den ABM-Vertrag in keiner Weise verletzt. Obwohl sie dieses Abkommen nicht für sakrosankt halten, laufen ihre Forderungen auf ein multinationales TMD-Vertragswerk hinaus, das nicht nur die taktischen Raketenabwehrwaffen der USA und Rußlands, sondern diese Potentiale weltweit beschränkt.

Anders als die meisten Konservativen gehen die liberalen Befürworter eines bescheidenen Abwehrprogramms auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts von einem Verständnis von Sicherheit aus, das weit über die militärische Dimension die innergesellschaftliche Stabilität im Wirtschafts- und Sozialbereich mit einschließt. Entsprechend gehen in die schlüssigen Analysen der Liberalen ökonomische Interessen als partielle Bedingungsfaktoren für den Raketenabwehrsektor ein (Pike/Corbin 1994, S. 6f.).

2.5 Rüstungstransformation im Kontext der technologie- und industriepolitischen Vorgaben der US-Regierung

Alle diese politischen Gruppierungen agieren in einem Umfeld, das nicht nur durch neue internationale Rahmenbedingungen, sondern auch durch einen Umstrukturierungsprozeß der US-Militärwirtschaft gekennzeichnet ist. Das Ende des Ost-West-Konflikts und eine wirtschaftliche Langzeitkrise in den USA haben ihn hauptsächlich hervorgerufen. Dieser Strukturwandel geht mit einem geringer werdenden Anteil von Rüstungsaufträgen einher, obwohl die geplanten Militärbudgets der Clinton-Administration bis zum Jahre 2000 von derzeit \$ 257,5 Mrd. auf \$ 275,9 Mrd. steigen werden (Defense Daily, 11. 5. 1995, S. 203) - und das, obwohl der Hauptfeind Sowjetunion von gestern dabei ist, zum Partner der USA zu werden.

Die Rüstungsfirmen haben auf die neuen Rahmenbedingungen einerseits mit Rückzugs- und Expansionsstrategien reagiert (Entlassungen; Schließung von Betrieben und der Ausstieg aus dem Rüstungsgeschäft; Konversionsmaßnahmen und Diversifizierung der Produktpalette; Nutzung von nicht-militärischen Nischen). Andererseits haben sie sich an die neue Lage durch Konsolidierungsstrategien angepaßt (Konzentrationsprozesse; verstärkte Ausfuhr von Rüstungsgütern). Für den Raketenabwehrbereich, einschließlich der Satelliten- und Welt- raumtechnik, sind die beiden zuletzt genannten Reaktionen besonders wichtig.

Allein zwischen Januar 1992 und August 1994 haben in der Raumfahrt- und Flugzeugindustrie 18 größere "Gesundschumpungs-Maßnahmen" stattgefunden, sei es durch den Zusammenschluß von Unternehmen wie Lockheed und Martin Marietta zum jetzt größten US-"Rüstungsriesen", sei es durch den Aufkauf anderer Konsortien (Beispiel: Northrop erwarb Grumman) oder Firmenbereiche (Martin Marietta kaufte General Electric Aerospace). (BMD Monitor, 9. 9. 1994, S. 321) Trotz des Rückgangs an Aufträgen in der Flug- und Raumfahrtbranche, die auch für die Zukunft mit einem Abbau von weiteren 20% ihrer Kapazitäten rechnet, hat dieser Industriezweig nach Schätzungen des Verbandes Aerospace Industries Association seinen Gewinn bereits um \$ 600 Mio. auf \$ 5,2 Mrd. steigern können (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 1. 1995). Für die US-Rüstungsfirmen ist aber nicht nur mit dem Ende des Ost-West-Konflikts eine neue Situation entstanden. Hinzu kommt, daß sie einer größeren Konkurrenz gerade der europäischen Firmen gegenüberstehen, mit denen sie um Anteile an einem geschrumpften Weltmarkt für Rüstungstechnologien kämpfen; denn viele Dritte-Welt-Staaten sind nicht mehr zahlungskräftig oder haben eigene Produktionskapazitäten aufgebaut (OTA 1991 a; Wulf, Hg., 1993).

Die Militärindustrie wittert dennoch neue Marktchancen. Die Rüstungstransformation vollzieht sich im Zusammenhang mit tiefgreifenden Veränderungsprozessen, die die Streitkräfte und die Planung genauso betreffen wie die Militärstrategie und die bisherigen außenpolitischen Prioritäten. Auf der Tagesordnung stehen neben der Analyse neuer realer und potentieller Bedrohungen die Neuformulierung strategischer Konzepte und die Revision bisheriger Bedarfsplanungen. Außer dem Auf- und Ausbau des Schutzes gegen einzelne Massenvernichtungsmittel gilt es, das Militärpotential verstärkt auf den Einsatz von Gewalt bei Krisen und Konflikten weltweit auszurichten (Mandel 1994; Raytheon-Vizepräsident Stein 1994).

Der Raketenabwehrbereich, in dem die US-Firmen technologisch ohne Zweifel weltweit führend sind und daher Wettbewerbsvorteile haben, ist hier in zunehmendem Maße gefragt. Die Pläne der Unternehmen zielen darauf ab, die im Zuge der sich vermindernenden und in einer Umorientierung begriffenen Militäraufträge durch Raketenabwehrwaffen zumindest teilweise auszugleichen, und zwar durch Inlands- und Auslandsaufträge (BMD Monitor, 16. 6. 1995, S. 221f.). So plant das Unternehmen Raytheon trotz aller Versuche, durch Diversifikationsmaßnahmen die Abhängigkeit vom Pentagon auf ein Verhältnis 50:50 zu verringern, 40% seiner Rüstungsgeschäfte durch die Ausfuhr abzudecken. Sein "Exportschlager" ist vor allem die Abwehrrakete Patriot, für die ein Markt in der Türkei, Süd-Korea, Ägypten, Griechenland und Taiwan winkt. Die Firma Loral hat einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf umfassende Exporte nach Saudi-Arabien verlagert (u.a. Aufklärungssatelliten). Für Westinghouse spielt trotz des größeren Produktionsanteils von zivilen Flughafenkontrollsystemen der Verkauf von Luftabwehrwaffen und Befehls-, Kontroll- und Kommunikationssystemen an Nahost-Länder nach wie vor eine wichtige Rolle.

Gegenüber den Konsolidierungsstrategien schlagen die Rückzugsmaßnahmen aus dem militärischen Bereich und die Erweiterung bzw. Umstellung der Produktpalette weniger zu Buche. Das gilt für den gesamten Verteidigungssektor, und es gilt erst recht für den politisch aufgewerteten Raketenabwehrbereich. Wie in den meisten anderen Staaten auch (Hartley/Hooper 1991; Reppy 1994; Zaks 1992) haben die US-Rüstungsfirmen nur ein geringes Interesse an der Umstellung von militärischen Produkten und Herstellungsverfahren auf zivile gezeigt. Pessimistisch beurteilt werden beispielsweise die Chancen für die Konversion regionaler Luft- und Raumfahrtfirmen auf die Entwicklung eines High-Tech-Verkehrssystems im - hochgradig rüstungsabhängigen - Ballungsgebiet Los Angeles (Business Roundtable 1993; RAND 1994). Das sich demgegenüber optimistisch gebende, ebenfalls in Kalifornien angesiedelte Konsortium CALSTART dürfte die Ausnahme sein; es möchte bis zum Jahre 2000 ein Massentransportsystem zur kommerziellen Produktionsreife bringen und auf diese Weise 55.000 neue Arbeitsplätze schaffen (Military Space, 31. 5. 1993, S. 4f.)

Das Interesse der Rüstungsfirmen an militärisch und zivil verwendbaren Erzeugnissen ("dual-use") ist etwas größer als an der Konversion. Es läßt sich größtenteils wohl als Reaktion auf die wirtschafts-, industrie- und technologiepolitischen Vorgaben der Clinton-Administration deuten. Sie zielen darauf ab, durch eine Reihe von Maßnahmen die militärische und wirtschaftliche Sicherheit vor allem in Zeiten knapper Ressourcen optimal zu gewährleisten - also die internationale Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler amerikanischer Industriezweige zu erhalten oder gar zu verbessern, ohne die Infrastruktur ("Defense Industrial Base") für die als unverzichtbar definierten Rüstungstechnologien und Waffen zu beeinträchtigen (Gansler 1993-94; OTA 1992 a). Das im März 1993 verkündete "Technology Reinvestment Project" (TRP) sollte die technologie- und industriepolitischen Grundsätze der US-Regierung umsetzen (Clinton und Gore 1993). Der Plan der Administration sah für den Zeitraum von fünf Jahren Subventionen von mehr als \$ 19 Mrd. vor. Fast 75% der TRP-Gelder sollen für Hochtechnologie-Programme ausgegeben werden, um die Produktpalette der Firmen zu erweitern und dual-use Güter herzustellen (CBO 1993; GAO 1994).

Selbst wenn dieses Strukturanpassungsprogramm im Republikanisch dominierten Kongreß nicht stark unter Beschuß geraten wäre und eine gesicherte Zukunft hätte (Congressional Quarterly, 25. 2. 1995, S. 620ff.): Für die Raketenabwehrprogramme ist es hauptsächlich nur deshalb bedeutsam, weil sich die großen Firmen in diesem Bereich des TRP bedient haben, um öffentliche Gelder abzuschöpfen (Military Space, 31. 5. 1993, S. 4f.). Aber auch alle technologie- und industriepolitischen Maßnahmen dürften in Zukunft gerade nicht für die verschiedenen Abwehrprogramme gelten. Denn da sie höchste militärische Priorität besitzen, werden die gelockerten und "kommerzialiserten" Mechanismen allenfalls für die Beschaffung von Waffen in anderen, weniger bedeutsamen Sektoren gelten. (3) Der Raketenabwehrbereich folgt dem traditionellen Produktionsschema. Die Programme Clintons stehen unter dem Primat der Herstellung von Stückzahlen, ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm (F&E) oder ein Substitut für eine zivile Forschungs- und Entwicklungsstrategie sind sie allein wegen der geringer gewordenen F&E-Anteile nicht. (4)

Soweit ersichtlich, hat es auf dem "Defensiv"waffensektor bisher keine Neuordnung zwischen staatlichen Institutionen und Rüstungsfirmen gegeben. Auch sind hier keine profitablen, wettbewerbsfähigen "joint ventures" entstanden. Daß marktwirtschaftliche Elemente nicht in den Raketenabwehrbereich eingezogen sind - und wohl auch nicht einziehen werden - hat nicht nur mit der hohen militärischen Priorität dieses Rüstungsbereichs zu tun. Auch aus der Sicht der "gesundgeschrumpften" und dadurch gestärkten Rüstungsfirmen sollen die "Defensiv"waffen die traditionellen Beziehungsgefüge zum Staat stabilisieren, als Wachstumsbranche die Konsolidierung - und die Gewinne - verstetigen.

Die Rüstungsfirmen praktizieren, wie schon in den achtziger Jahren, eine gezielte Finanzierungsstrategie auch für exponierte Pro-Raketenabwehr-Abgeordnete in den entscheidenden Ausschüssen, etwa im National Security Committee des Repräsentantenhauses (siehe ANHANG 3). Von Anfang 1991 bis Mitte Oktober 1994 flossen fast \$ 1,425 Mio. von "SDI"-Vertragsnehmern an die Mitglieder dieses Ausschusses, unter ihnen sind Duncan Hunter, John Spratt, Floyd Spence und Curt Weldon (Watzman/Krumholz 1995). Tradition hat auch, daß die geographische Verteilung der wichtigsten Vertragsnehmer ebenfalls in hohem Grade gezielt verläuft. An der Produktion der THAAD, deren Hauptvertragsnehmer die Lockheed Missiles & Space Company ist, sind mehr als zwanzig Firmen in über 10 Bundesstaaten beteiligt (Pike/Corbin 1994, S. 6f.). - Insgesamt läßt sich sagen, daß die Rüstungsfirmen zu einem wichtigen Faktor im sich festigenden "Eisernen Viereck" ("Militärisch-Industrieller Komplex"; "militärisch-industrielles Netzwerk") der Akteure geworden sind, die die Raketenabwehr weiter vorantreiben wollen.

3. Das neue Raketenabwehrkonzept der Clinton-Administration

In der US-Regierung sind die außenpolitischen Grundorientierungen der wichtigsten Akteure gemäßigt liberal/konservativ (Weißes Haus, Arms Control and Disarmament Agency und State Department) oder eindeutig konservativ (Pentagon). Entsprechend rivalisieren Konzepte und Programme, die eher militärisch-technologisch oder rüstungskontroll- und exportpolitisch ausgerichtet sind. Für den Raketenabwehrsektor und seine Verortung in der Sicherheits- und Militärpolitik läßt sich allgemein die Tendenz festhalten: Seine gestiegene Bedeutung signalisiert zumindest auf der konzeptionellen Ebene eine neuakzentuierte Militarisierung der Außenpolitik (siehe 3.1).

Im Längsschnitt gesehen begann mit der Regierung Clinton 1993 die vierte Phase des 1983 von Präsident Reagan initiierten SDI-Programms. Die Strategische Verteidigungsinitiative hatte zunächst (bis 1986) den konzeptionellen und budgetären Schwerpunkt auf exotische und damit erst langfristig verwirklichtbare Technologien für ein möglichst perfektes Raketenabwehrsystem gelegt. Der Druck aus dem Kongreß, aber auch aus dem Pentagon, führte dann zur ersten gewichtigen Konzeptänderung. Sie stellte die Entwicklung weniger anspruchsvoller und damit früher einsetzbarer kinetischer Abwehrwaffen in den Vordergrund (1987 bis 1990). Trotz des vor allem von Reagan weiterhin proklamierten (quasi) perfekten Schutzschildes gegen massive sowjetische Raketenangriffe bekam das traditionelle Ziel, die Abschreckungsfähigkeit zu stärken und zu verbessern, ein entsprechend größeres Gewicht.

Mit der Bush-Administration änderte sich ab 1991 das bisherige Konzept durch GPALS (Global Protection Against Limited Strikes) beträchtlich. Der "Globale Schutz gegen begrenzte Angriffe" trug der Tatsache Rechnung, daß einerseits massive Angriffe aus der zusammengebrochenen Sowjetunion unwahrscheinlich waren; andererseits sollte GPALS die Vereinigten Staaten, die Alliierten sowie die in Krisenregionen operierenden US-Truppen schützen, und zwar sowohl gegen versehentlich abgefeuerte Raketen aus der ehemaligen Sowjetunion als auch gegen bewußt abgeschossene Flugkörper aus unberechenbaren Dritte-Welt-Diktaturen (Kubbig 1990 a; Kubbig/Müller 1993, S. 37ff.).

Die Kurskorrektur von Bush zu Clinton enthält evolutionäre und revolutionäre Elemente. Das nunmehr in Ballistic Missile Defense umbenannte Raketenabwehrprogramm ist, anders als in der Ära Bush, in ein übergreifendes Präventions-Konzept eingebunden, das gegen das "Auftauchen der nuklearen Gefahr" (Perry 1995) gerichtet ist. Die Clinton-Administration legt, wie erwähnt, konzeptionell und budgetär den eindeutigen Schwerpunkt auf die Entwicklung und Erprobung von weltweit in Krisenregionen aufzustellenden Raketenabwehrwaffen gegen Flugkörper kurzer und mittlerer Reichweite (Ballistic Missile Defense Organization 1995). Rund 80 Prozent der für das Haushaltsjahr 1996 beantragten Summe von \$ 2,9 Mrd. sollen für ein flächendeckendes Verteidigungssystem ausgegeben werden (O'Neill, 4.4. 1995; O'Neill, 27.6. 1995).

In deutlicher Abkehr von den SDI- und GPALS-Varianten der Administrationen Reagan und Bush spielt die Weltraumrüstung in der Politik der gegenwärtigen Regierung nur eine geringe Rolle. Mit der wichtigen Ausnahme von Sensoren und Satelliten hat Clinton sozusagen die Raketenabwehr vom Himmel auf die Erde geholt, dies ist das Nein eines Demo-

kratischen Präsidenten zu einer Republikanischen Idee. Dem liegt eine differenziertere Definition von Bedrohung zugrunde, die die jetzige Regierung mit der Bush-Administration teilt, aus der sie aber konzeptionell erstmals die entsprechenden Konsequenzen zieht. Als "hier und jetzt" eingestufte Gefahren gelten, wie unter Bush, vor dem Hintergrund des letzten Golf-Krieges in erster Linie taktische Raketen wie die Scud, aber auch einzelne auf das US-Territorium irrtümlich oder bewußt abgeschossene Waffen. Einen Angriff größeren Ausmaßes hält die Clinton-Administration auf absehbare Zeit für unwahrscheinlich; das nationale Abwehrprogramm ist deshalb zu einem bloßen "technology readiness program" heruntergestuft worden.

Die in diesem Rahmen erforschten Waffen könnten - so die vage offizielle Rhetorik - im Falle einer sich herausbildenden Gefahr für die Vereinigten Staaten rechtzeitig einsatzbereit sein. Auf ein bestimmtes Konzept, noch dazu eines, das gegen den ABM-Vertrag verstoßen würde, hat sich die Administration nicht festgelegt. Die Haushaltszahlen sprechen eine deutliche Sprache für den geringen Stellenwert der territorialen Verteidigung: Die vergleichsweise geringe Summe von \$ 2,4 Mrd. will die Administration vor allem für die bodengestützten Abfangwaffen und Radars bis zum Haushaltsjahr 2001 ausgeben, für 1996 hat sie lediglich \$ 371 Dollar beantragt (O'Neill, 4. 4. 1995; O'Neill, 27. 6. 1995).

Insgesamt bleibt die Raketenabwehr trotz - oder gerade wegen - der Kurskorrekturen auch in der Amtszeit Clinton das größte Rüstungsprojekt, für das die Administration bis zum Jahre 2001 \$ 19,5 Mrd. bereitstellen will (Kosiak 1995, S. 40). Das Congressional Budget Office (CBO 1994, S. 3) hat die Ausgaben bis zum Jahre 2010 auf insgesamt \$ 50 Mrd. beziffert. Die Raketenabwehr ist damit gerade nach Ende des Ost-West-Konflikts die wahre "Siegertechnologie".

Diese Projekte sind allesamt in ihrem Ausmaß nicht nur deshalb problematisch, weil sie Milliarden-Summen verschlingen werden. Die THAAD und die geplanten "weiterreichenden Systeme" leiten eine neue Aufrüstungsrunde ein, rütteln am ABM-Vertrag und unterstreichen, daß die Clinton-Administration von den ihr zu Gebote stehenden Maßnahmen zur Lösung sicherheitspolitischer Probleme zunehmend auf militärtechnologische setzt.

3.1 Die Einbindung der Raketenabwehr in die Militär- und nukleare Präventivstrategie der USA

Die vom damaligen Verteidigungsminister Les Aspin 1993 initiierte gründliche Überprüfung der sicherheitspolitischen Lage ("Bottom-Up Review") ging davon aus, daß die USA als Weltmacht weiterhin eine entscheidende Führungsrolle spielen werden und ihre globalen Interessen gegebenenfalls militärisch schützen müssen. Das Pentagon hat zwei Hauptgefahren herausgearbeitet und entsprechende militärische Konsequenzen daraus gezogen:

- Bei regionalen Bedrohungen sollen die US-Truppen in der Lage sein, zusammen mit den Verbündeten zwei sich fast gleichzeitig ereignende größere regionale Konflikte siegreich durchzustehen. Im Krisen- und Kriegsfall, wie etwa im letzten Golf-Krieg, müssen die US-Streitkräfte entsprechend schnell eingesetzt und durch Abwehrwaffen

geschützt werden. Die Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft der Truppen hat für das Pentagon unter Perry "höchste Priorität" (Perry, 27. 4. 1995, S. 4), was in der Aufstockung des Militärhaushaltes von \$ 25. Mrd. seinen unmißverständlichen haushaltspolitischen Ausdruck fand. Die Bedeutung von Raketenabwehrwaffen wird angesichts der hohen US-Militärpräsenz (weltweit derzeit 300.000 Soldaten, 100.000 davon in Europa) als hoch eingeschätzt. Die Relevanz des letzten Golf-Krieges, den die Strategen in ihren Kalkülen und Plänen nachspielen, kann im Hinblick auf die gegenwärtigen Vorhaben der Clinton-Administration nicht überschätzt werden.

- Den vielfältigen nuklearen Gefahren, die sich in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie aufgrund der atomaren Ambitionen von Dritte-Welt-Staaten ergeben, gilt es durch eine breite Palette von Maßnahmen ("Preventing Reemergence of Nuclear Threat") zu begegnen. Sie besteht aus drei Elementen: Erstens aus einer "Strategie der Vorsicht" ("hedge strategy"), die sich ihrerseits unterteilt a) in die Aufrechterhaltung einer ausreichenden nuklearen Abschreckungsfähigkeit (trotz aller Abrüstungsschritte); und b) in das Abwehrkonzept (Theater Missile Defense plus die territoriale Verteidigung der USA, also National Missile Defense (siehe ausführlicher unten). Zweitens aus kooperativen Maßnahmen (z. B. Abrüstung und Verschrottung der Nuklearwaffen; sichere Lagerung bzw. Verarbeitung des bombenfähigen Materials) mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zur Eindämmung der Proliferationsgefahren, die sich aus den "nuklearen Altlasten" des Ost-West-Konflikts ergeben. Drittens hat das Pentagon "Counterproliferation"-Maßnahmen für den Fall angedroht, daß (export- und rüstungskontroll)politische Initiativen zur Eindämmung von Massenvernichtungswaffen sowie von A-, B- und C-Sprengköpfen fehlschlagen. Zur "Counterproliferation Policy" gehören sowohl diplomatische Schritte wie im Falle Nord-Koreas als auch letztlich, wie während des Kriegs gegen Irak, der Einsatz von militärischer Gewalt zur vorzeitigen Zerstörung des als bedrohlich empfundenen Waffenarsenals (Kosiak 1995, S. 5ff.; Krepinevich 1994, S. 5ff.; Perry, 27. 4. 1995; Reiss/Müller, Hg., 1995; Wellmann 1994).

3.2 Das Kernelement des Konzepts: Die taktischen Abwehrprogramme

Die Ballistic Missile Defense Organization (BMDO), die innerhalb des Pentagon für das administrative Management der Raketenabwehrkonzepte zuständig ist, unterscheidet bei TMD vor allem zwischen "zentralen Systemen" ("Core Systems") und "Systemen mit weiterreichenden Fähigkeiten" ("Advanced Capability TMD-Systems"). Insgesamt will das Pentagon bis zum Jahre 2001 \$ 10 Mrd. für die taktische Raketenabwehr ausgeben. Die "zentralen Systeme" umfassen drei Waffenprogramme, von denen bis zu 4.600 Stück produziert und aufgestellt werden sollen:

Erstens, die zu einer Luft-Boden-Abwehrrakete weiterentwickelte Patriot (PAC-3), die ursprünglich als PAC-2 nur zum Abschuß von Flugzeugen konstruiert war, im letzten Golf-Krieg jedoch - mit höchst zweifelhafter Leistung - gegen die auf Israel und Saudi-Arabien abgefeuerten irakischen Scud-Waffen eingesetzt wurde. Den gegenwärtigen Plänen zufolge soll die der U.S. Army unterstellte PAC-3 im Haushaltsjahr 1998 einsatzbereit sein. \$ 3

Mrd. will das Department of Defense bis zum Jahre 2001 für die weiterentwickelte Patriot ausgeben, für 1996 hat es \$ 667 Mio. gefordert. Das Pentagon plant die Aufstellung von 1.500 Systemen dieser Art.

Zweitens, das Lower Tier Sea-Based System der U.S. Marine, eine neuere Version des Navy Standard Missile II Block IVA System und des Aegis Radar Systems, stellt das seegestützte Pendant zur Patriot dar. Es soll wie die modifizierte Patriot Punktziele (z. B. Hafeneinrichtungen) schützen, aber auch einen verbesserten Schutz für die kämpfenden Truppen bieten. Das Navy Lower Tier System soll Ende des Jahrhunderts einsatzbereit sein; bis 2001 will das Pentagon rund \$ 1,7 Mrd. hierfür ausgeben, für 1996 hatte es \$ 254 vom Kongreß verlangt. 1.800 Systeme will das Department of Defense stationieren.

Drittens, das Theater High Altitude Area Defense System (THAAD) der amerikanischen Armee, bei dem es sich im Gegensatz zu den beiden bisher genannten um ein völlig neues Waffensystem handelt, das zudem Ziele innerhalb eines größeren Gebiets verteidigen soll. Zusammen mit einem neuen Radar soll die THAAD-Abfangwaffe eine Fläche in den Ausmaßen 140 mal 130 km schützen können, etwa gegen Raketen mit einer Reichweite von 600 km (über die beispielsweise im letzten Golf-Krieg die irakische Al Hussein verfügte). THAAD, der "Pentagon-Star" unter den drei "zentralen Systemen", soll im Kriegsfall eingesetzt werden, um militärische und zivile Ziele optimal zu schützen. Es wird bis zum 2001 rund \$ 5,3 Mrd. verschlingen, für 1996 hat die Administration \$ 590 beantragt. 1.300 Exemplare der THAAD sollen disloziert werden (Ballistic Missile Defense Organization 1995; CBO 1994; Kosiak 1995; Missile Defense Report, 23. 10. 1995; O'Neill, 4. 4. 1995).

Zu den sich in der Explorationsphase befindenden "Systemen mit weiterreichenden Fähigkeiten" der drei Teilstreitkräfte gehören das sog. Corps SAM der Armee, das Upper Tier System der Marine als Pendant zur THAAD und ein Radarsystem an Bord eines Bombers der Luftwaffe. \$ 130 Mio. sind hierfür im Pentagon-Budget für 1996 veranschlagt. Gegen Ende des Jahrzehnts soll der aussichtsreichste Kandidat zur weiteren Entwicklung ausgewählt werden.

4. Visionen, Realitäten und Kompromisse im Republikanisch dominierten Kongreß

4.1 Vorgeschichte

Vor allem in der Reagan-Administration war die Raketenabwehr insbesondere wegen ihrer Top-Priorität auf der militärpolitischen Agenda der Exekutive eines der Themen, mit denen sich beide Häuser, insbesondere die zuständigen Ausschüsse in Senat und Repräsentantenhaus, ständig befassen mußten. Die 435 Abgeordneten und 100 Senatoren waren in ihren Positionen und Forderungen erwartungsgemäß nicht einheitlich. Es gab unter den Anhängern der Raketenabwehr "Kritiker von rechts" an der Politik Reagans, der sich trotz allen Engagements nicht auf eine Aufstellung von bestimmten Systemen zu einem festen Zeitpunkt festlegen wollte. Es gab die große Gruppe der Befürworter der Regierungspolitik von Reagan wie von Bush. Und schließlich hatte sich in beiden Häusern des Kongresses eine Fraktion von Skeptikern und Kritikern herausgebildet.

Diese Gruppierungen waren sich uneinig in puncto Grundausrichtung der Raketenabwehr, Stationierung, Haushaltshöhe und Stellenwert des ABM-Vertrages. Ihr außenpolitisches Weltbild, ihre militärischen Annahmen und ihre budgetären Forderungen entsprechen denen der bereits herausgearbeiteten gesellschaftlichen Gruppen. Auch hier gilt, daß vor allem die konservativen Befürworter und liberalen Skeptiker/Gegner die größte Kohärenz und Kontinuität der außenpolitischen Grundorientierungen aufweisen. Eine Umordnung ("realignment") findet am ehesten bei den (gemäßigten) Konservativen statt, die bereits in den achtziger Jahren die heterogenste Gruppierung darstellten.

Am Ende der Ära Bush, im Januar 1993, sah die im Kongreß zwischen allen drei Gruppierungen ausgehandelte Gesetzesgrundlage als Ziel amerikanischer Politik vor: Es sollen Raketenabwehroptionen für ein aufzustellendes ABM-System entwickelt werden, das einen äußerst wirksamen Schutz der USA gegen begrenzte Raketenangriffe ermöglicht. Dieses vage formulierte Ziel enthält weder konkrete Daten noch schreibt es spezifische Programme vor. Der praktische Verzicht auf die flächendeckende Verteidigung des US-Territoriums im Konzept der Clinton-Administration zeigt, wie weit das Gesetz ausgelegt werden kann. Was die TMD-Programme anbelangt, so wirkte der zweite Golf-Krieg im Kongreß konsensbildend wie bei den gesellschaftlichen Gruppen. Die Risse traten in den anstehenden Debatten jedoch ebenfalls bald zutage.

4.2 Entwicklungen im Jahre 1995

Die Republikaner traten nach ihrem Sieg in beiden Kammern des Kongresses Anfang 1995 mit einem Programm an, das die SDI-Träume des Republikanischen Präsidenten Reagans wiederbelebte und die Kurskorrekturen unter Reagan wie auch die bescheideneren Zielvorstellungen des Nachfolgers Bush ignorierte. Der früh eingebrachte "National Security Revitalization Act" (Haus-Version) sollte die zentrale sicherheitspolitische Forderung eines um-

fassenden Raketenabwehrschirmes aus der Wahlkampf-Plattform "Contract With America" im politischen System qua Gesetz verbindlich machen. Auf diese Weise wollten die Republikaner ein Kontrastprogramm zu der Politik des Demokratischen Präsidenten bieten, ihren Majoritäts-Status in beiden Häusern gegenüber den Demokraten demonstrieren und für die eigene Fraktion ein integrierendes Thema schaffen.

Der Entwurf zur "Wiederherstellung der nationalen Sicherheit" verlangte, das Pentagon solle innerhalb von 60 Tagen nach Verabschiedung des Gesetzes einen Plan zur Aufstellung eines möglichst früh einsatzbereiten Abwehrsystems vorlegen. Um \$ 1 Mrd. - und damit auf \$ 4 Mrd. - sollte das Raketenabwehr-Budget der Clinton-Administration jährlich angehoben werden. Mit einer knappen Mehrheit von 218:212 votierte das Repräsentantenhaus am 15. Februar 1995 gegen diese Vorstellungen und nahm einen deutlich abgeschwächten Gesetzesentwurf an. Aus der verpflichtenden Aufstellung wurde die "Entwicklung von Optionen für die Stationierung"; in der verbindlichen Entscheidung für das im übrigen weniger ehrgeizige System, das aus landgestützten (anstatt im Weltraum aufzustellenden) Waffen bestehen sollte, müßten Kosten- und Effektivitätsgesichtspunkte berücksichtigt werden. Das Repräsentantenhaus hielt mehrheitlich ferner andere militärische Erfordernissen und Waffenprogrammen für wichtiger als einen territorialen "Schirm" und bestätigte den Kurs der Administration, zunächst mit der Aufstellung von taktischen Raketenabwehrwaffen zu beginnen.

Daß dieser erste Versuch, die frühe Republikanisch-Reagansche Erbschaft gesetzlich zu verankern, fehlschlug, ist trotz der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus darauf zurückzuführen: die Forderung der "Verteidigungsfalken" geriet bereits in der eigenen Fraktion in Konflikt mit der Forderung der fiskalpolitischen "Defizitfalken" nach einem möglichst ausgeglichenen Haushalt. 24 Republikaner votierten am 15. Februar 1995 im Haus gegen die Pläne aus der eigenen Fraktion. Nicht nur die wirtschaftlich angespannte Lage verhinderte die Neuauflage eines territorialen "Schirms", sondern konkurrierende militärische Prioritäten (Einsatz- und Kampfbereitschaft der US-Streitkräfte) und Waffenprogramme mit entsprechenden "vested interests" taten das Ihre; hinzu kam offensichtlich auch die nicht als akut wahrgenommene Bedrohung durch feindliche Raketen.

Die Forderung nach der territorialen Raketenabwehr im Haus war auch deshalb ein "non-starter", weil der Kongreß insgesamt vorwiegend mit innenpolitischen Fragen befaßt ist. Und schließlich stießen die Anhänger des "Vertrages mit Amerika" und seiner sicherheitspolitischen Programmatik auf eine außergewöhnlich geschlossene Clinton-Administration, einschließlich der militärischen und politischen Führung des Pentagon. Anders als in den Jahren zuvor fanden die kompromißlosen Anhänger der Raketenabwehr keine Verbündeten in der Exekutive, die die sicherheitspolitische Debatte formulierte und bestimmte.

Die Clinton-Administration beharrte auf der taktischen Raketenabwehr als dem Schwerpunkt ihres Konzepts, der flächendeckende Schutzschirm fand keinen vorrangigen Platz auf der politischen Agenda. Die Republikaner erkannten bald, daß sie sich politisch auf die taktische Raketenabwehr und die mit ihr verbundenen Probleme "einschießen" mußten, wenn sie den sicherheitspolitischen Kurs mitbestimmen und im öffentlichen Diskurs sichtbar sein wollten. Im Mai 1995 ging das National Security Committee des Repräsentantenhauses vorsichtiger vor. Seine Republikanische Mehrheit verlangte eine beträchtliche Erhöhung der

Gelder für National Missile Defense und für Weltraumprogramme; sie vermied es aber, ein Abwehrsystem vorzuschlagen, das den ABM-Vertrag direkt verletzt hätte. Diese vorsichtigeren Haltung zum ABM-Abkommen überwog aus taktischen Gründen im Repräsentantenhaus bis zum Herbst (siehe unten).

Hatte der Senat 1995 in einer Reihe von haushalts-, sozial- und steuerpolitischen Fragen die Beschlüsse des insgesamt konservativeren Repräsentantenhauses auf einen moderateren Kurs gebracht, so wich der Verteidigungsausschuß in der Raketenabwehrfrage von dieser ausbalancierenden Funktion ab. Die Gesetzesvorlage des vom 92-jährigen Strom Thurmond geleiteten "Committee" war noch schärfer gefaßt als das Pendant des entsprechenden Haus-Ausschusses. Die von den Republikanern mehrheitlich verabschiedete Gesetzesvorlage sah die - vertragswidrige - Dislozierung von "Defensiv" waffen in mehreren Stellungen bis zum Jahre 2003 vor, befürwortete den automatischen Ausbau des Raketenabwehrsystems bei zunehmenden Bedrohungen, forderte einen über Wert und Gültigkeit des ABM-Abkommens befindenden Untersuchungsausschuß, plädierte für die Durchführung der Abwehrprogramme unabhängig von ihrer Unvereinbarkeit mit dem Vertrag und hielt eine nationale Verteidigung wegen der bereits bestehenden Gefahren durch Raketen für notwendig.

In der Definition der Bedrohung wich die Republikanische Mehrheit beträchtlich von der Einschätzung der Administration ab; die Bestimmungen ihrer Gesetzesvorlage liefen auf eine unilaterale Kündigung des ABM-Vertrag hinaus, der Kollisionskurs mit der Clinton-Regierung war programmiert. Der Verteidigungsausschuß forderte, wie sein Pendant im Haus auch, erheblich mehr Geld für die nationale Raketenabwehr - beide Kammern liegen mit den beschlossenen \$ 832 Mio. fast eine halbe Milliarde Dollar über den von der Administration beantragten Mitteln von \$ 371 Mio. (Missile Defense Report, 13. 10. 1995).

Mit einer Mehrheit von zwei Stimmen (51:49) verabschiedete der Senat am 4. August 1995 eine Gesetzesvorlage, in der die meisten Bestimmungen in Kraft blieben (Congressional Quarterly, 12. 8. 1995, S. 2452). Mancher Senator demonstrierte eher Parteidisziplin und eine Anti-Haltung gegenüber der Regierung als eine klare, kompromißlose Überzeugung für ein Raketenabwehrsystem. Denn die Senatoren wußten, daß sie Zugeständnisse machen mußten, weil Präsident Clinton sein Veto angedroht hatte. Ein Aufeinanderzugehen war unausweichlich. Der zwischen den Demokratischen und Republikanischen Senatoren Levin und Nunn bzw. Warner und Cohen am 11. August 1995 vorgelegte Kompromiß geht in wesentlichen Aspekten zugunsten der Gegner einer baldigen National Missile Defense. Er schwächt die ursprüngliche Definition einer real existierenden Bedrohung des amerikanischen Territoriums durch feindliche Flugkörper beträchtlich ab; formuliert die US-Raketenabwehrpolitik als Entwicklung von aufzustellenden Abwehrsystemen an mehreren Orten (das vormals direkte Ziel einer Dislozierung wird durch den hinzugefügten Begriff der Entwicklung relativiert; knüpft die Aufstellung an Bedingungen - die Systeme müssen finanziell erschwinglich und militärisch effizient sein, eine automatische Dislozierung ist damit ausgeschaltet; sieht Verhandlungen mit Rußland zur Abänderung des ABM-Vertrages vor und schiebt so dem Unilateralismus der ursprünglichen Version einen Riegel vor (siehe Congressional Record, 5. 9. 1995, S. S12582ff.)).

Dieser Kompromiß läßt Spielräume für Interpretationen, die vier Senatoren haben ihn unterschiedlich gedeutet. Der liberale Demokrat Levin wies auf die im Gesetz eingebauten Hür-

den hin, die vor der Aufstellung von Raketenabwehrsystemen zur territorialen Verteidigung der USA stehen; der konservative Republikaner Warner sah im Kompromiß einen klaren Weg zur Stationierung. Damit ist der Senat der populistischen Sammelbewegung "Coalition to Defend America" nur teilweise nachgekommen, ihre zentrale Forderung nach einer Gesetzgebung zur territorialen Verteidigung in der "Defense Authorization Bill" als verbindliches Mandat an die Exekutive umzuwandeln. Mit der Stationierung von Raketenabwehrwaffen in mehreren Stellungen ist allerdings eine Zielsetzung gesetzlich festgeschrieben worden, die dem ABM-Abkommen direkt zuwiderläuft und einen Bruch des Vertrages antizipiert. Denn er erlaubt nur 100 feststationierte Abfangflugkörper auf je einer ABM-Stellung in der Sowjetunion und den USA, nicht aber in mehreren Raketenstellungen, und er verbietet Abfangwaffen zur See oder im Weltraum.

Im Repräsentantenhaus brachte der Republikanische Abgeordnete Martin Hoke am 17. Oktober den "Defend America Act of 1995" ein, der die territoriale Verteidigung der USA auf seine Fahnen schreibt und deshalb die unilaterale Aufkündigung des ABM-Vertrages fordert. 19 zum Teil führende Republikaner haben ihn mit unterzeichnet - mit der bemerkenswerten Ausnahme von Haus-Sprecher Newt Gingrich. Dieser Gesetzesentwurf enthält den gesamten Forderungskatalog der "Coalition to Defend America" und ist wohl in enger Zusammenarbeit mit ihr entstanden (Coalition..., Press Release, 17. 10. 1995). Hoke wollte den Entwurf bereits im Juni als Zusatz zur "Defense Authorization Bill" einbringen, war aber auf den Widerstand führender Kollegen gestoßen, die den Haushaltsplan für das Pentagon angesichts des angedrohten Vetos von Präsident Clinton nicht gefährden wollten (Defense Daily, 18. 10. 199, S. 77).

Diese zurückhaltende Reaktion dauerte nicht lange an. Die von beiden Häusern des Kongresses verabschiedete Defense Authorization Bill, die die Grundlage für den Vermittlungsausschuß bildete, wich in zentralen Punkten vom Kompromiß ab und kehrte damit zu früheren schärferen Forderungen zurück. Danach bleibt es bei der vertragswidrigen Aufstellung von "Defensiv" waffen an mehreren Orten, auch das Datum für ein einsetzbares System - das Jahr 2003 - soll gesetzlich festgeschrieben werden. Das territoriale Verteidigungssystem soll ferner aus bodengestützten Radars und im Weltraum aufzustellenden Sensoren bestehen, die ihrerseits mit dem ABM-Vertrag nicht kompatibel sein werden. Ferner greift die Vorlage des Vermittlungsausschusses in das "Mikromanagement" des Pentagon ein, wenn sie den Verteidigungsminister auffordert, in einem Bericht darzulegen, wieviele Gelder in den nächsten Haushaltsjahren erforderlich sind, um den vorgegebenen Termin für das einsatzfähige System einhalten zu können. Der Präsident wird aufgefordert, mit Rußland Abänderungen des ABM-Vertrages zu erreichen, die mit dem vorgesehenen Programm vereinbar sind. Dies läuft darauf hinaus, das Abkommen in seiner Substanz null und nichtig zu machen.

Das nach wie vor angedrohte Veto des Präsidenten schreckte die Mehrheit der Republikaner bislang offensichtlich nicht. Ein erneuter Kompromiß muß erst noch gefunden werden, wenn Administration und Kongreß in der ABM-Frage nicht auf Kollisionskurs gehen wollen. Das wichtigste Argument des Präsidenten und seiner Verbündeten im Kongreß - wie etwa Senator Nunn - bleibt: Diese Pläne, von Nunn als "Dummheit ersten Ranges" (zit. in: Washington Post, 20. 12. 1995) bezeichnet, gefährden die nuklearen

Abrüstungsvereinbarungen mit Rußland (Defense Daily, 6., 11. und 15. 12. 1995; Washington Post, 20. 12. 1995).

Die ABM-Verhandlungen sind eingebunden in eine Vielzahl von Initiativen der Regierung Clinton, deren Hauptziel es ist, die russische Systemtransformation in Richtung Marktwirtschaft und Demokratie ökonomisch und politisch zu unterstützen. Die Zone demokratischer Staaten soll durch die Integration Rußlands erweitert ("enlarged") werden. Die Strategie des "enlargement" hat die des "containment" abgelöst (Czempiel u.a. 1994; Rudolf 1994). Die Administration weiß sich grundsätzlich dem Prinzip des Bilateralismus verpflichtet. Was sich in den ersten beiden Jahren, 1993 bis gegen Ende 1994, relativ konfliktfrei anließ, hat seitdem zu beträchtlichen Problemen geführt. Die Gründe hierfür sind hauptsächlich die von der US-Regierung seit 1994 favorisierte Ausdehnung der NATO, der Krieg in Tschechien und die Rolle Moskaus in der Bosnien-Kontaktgruppe.

Auf der politischen Tagesordnung beider Staaten stehen viele Sachfragen, die hier nur stichpunktartig genannt werden sollen: die Verminderung der während des Ost-West-Konflikts entstandenen Altlasten, vor allem die im Rahmen von START I und II beschlossene Reduzierung der Nukleararsenale, von der sich die Clinton-Administration auch eine verminderte Gefahr für die USA verspricht; das Management bilateraler Konfliktfelder (u.a. Moskaus Rolle als Weltmacht, die Nonproliferations- und militärische Exportpolitik der Regierung Jelzin; Rußlands Politik gegenüber seinen Nachbarn sowie die NATO-Erweiterung). Hier sind auch die Gespräche über die Anpassung des ABM-Vertrages an die neuen politischen Rahmenbedingungen und technologischen "Gelegenheiten" zu verorten.

Seit Ende 1993 verhandelt die Clinton-Administration mit der russischen Regierung in Genf im Rahmen der Standing Consultative Commission (SCC) über Modifikationen des ABM-Abkommens. In der Amtszeit Reagans und Bushs versuchten die US-Delegationen auf den entsprechenden Rüstungskontrollforen, Moskau so zu einer Veränderung des Vertrages zu bewegen, daß es mit dem SDI- und GPALS-Konzept vereinbar war. Dies lief auf eine Beendigung des Abkommens hinaus. Da die gegenwärtige Regierung keinen "Schirm" zum Schutz der USA anstrebt und die entsprechenden Initiativen des Kongresses bisher erfolgreich abgewehrt hat, sind die sich hieraus ergebenden gewichtigen Modifikationen des ABM-Vertrages oder gar seine Aufkündigung kein Thema in Genf.

Daß das Abkommen dennoch in seiner Substanz auch durch die Politik der Clinton-Administration akut bedroht ist, ergibt sich aus dem neuen Schwerpunkt des Konzepts auf taktischen Raketenabwehrsystemen. Der ABM-Vertrag begrenzt und verbietet nur Waffen zur Abwehr strategischer ballistischer Flugkörper (Art. II), ohne allerdings zu definieren, was unter "strategisch" zu verstehen ist; den Kriterien des SALT II-Abkommens zufolge wären dies landgestützte Interkontinentalraketen mit einer Reichweite von mehr als 5.500 km und seegestützte Raketen beliebiger Reichweite. Hingegen erfaßt das ABM-Abkommen taktische Raketen nicht; es enthält zur gleichen Zeit Bestimmungen, die es untersagen, Nicht-ABM-Systemen (z.B. solchen zur Luftverteidigung) Raketenabwehrfähigkeit zu verleihen oder sie "in einer ABM-Eigenschaft" (Art. VI) zu testen (Kubbig 1990 c). Das Problem in Genf ist, eine von beiden Seiten akzeptierte Trennungslinie zwischen "strategisch" und "nicht-strategisch" zu finden.

Der Konfliktstoff und die Schwierigkeiten zwischen beiden Gesprächspartnern ergeben sich aus der Tatsache, daß vor allem zentrale TMD-Programme der USA die Trennungslinie verschwimmen lassen. Denn bei THAAD und dem von der Marine und der Air Force favorisierten "Systemen mit weiterreichenden Fähigkeiten" handelt es sich um Waffen, die aufgrund ihrer technischen Fähigkeiten nicht nur zur - erlaubten - Bekämpfung von Mittel- und Kurzstreckenraketen eingesetzt werden können, sondern auch für den - verbotenen - Zweck der Abwehr strategischer Raketen. Wie ihre beiden Vorgängerinnen steht die Regierung Clinton vor der Aufgabe, neuere technologische Entwicklungen mit den Grauzonen und Bestimmungen des ABM-Vertrages in Einklang zu bringen. Die Politik Reagans und Bushs war angesichts der vom Kongreß gemachten Auflagen darauf ausgerichtet gewesen, in die Grauzonen des Vertrages hineinzurüsten und der Entwicklung der Militärtechnologien den Vorrang zu geben, ohne gegen das Abkommen eindeutig zu verstoßen oder es gar aufzukündigen.

In dieser Tradition steht auch die verhandlungspolitische Vorgabe der Administration für die SCC-Gespräche mit Rußland in Genf. Ihr Hauptziel ist es, gemeinsame Kriterien für die "demarcation" zwischen vertraglich erlaubten und verbotenen Fähigkeiten der Technologien zu erarbeiten, ohne daß die zentralen Waffensysteme beeinträchtigt werden. Daß die amerikanischen Verhandlungspositionen, über die es im übrigen nur Presseberichte und keine offiziellen Stellungnahmen gibt, seit Ende 1993 durch Lavieren und Zickzack-Bewegungen geprägt sind, hat nicht nur mit den Russen und den unterschiedlichen Auffassungen in der Administration zu tun. Auch die Senatoren sitzen - wie bei allen vorangegangenen bilateralen Rüstungskontrollgesprächen mit der UdSSR - indirekt mit am Verhandlungstisch.

Die starke Stellung des Senats ist auf seine konstitutionell verankerte Rolle von "advice and consent" bei internationalen Verträge zurückzuführen - also die Abkommen zu ratifizieren und mit über ihre rechtmäßige Auslegung zu wachen. So drohte am Ende der achtziger Jahre eine Machtprobe zwischen Senat und Reagan-Administration, als die Exekutive den ABM-Vertrag unilateral umzudeuten begann; auf diese Weise wollte sie sich einen Freifahrtschein für die bis dahin verbotenen exotischen Waffen wie Lasersysteme ausstellen, deren Entwicklung, Tests und Stationierung bis dahin als verboten galten. Der politisch mächtige Senator Nunn kündigte damals einen Verfassungskonflikt an, vor dem die Administration zurückschreckte.

Wie sehr sich die Machtverhältnisse und Positionen auch in dieser Kammer inzwischen verändert haben, zeigen die vom Senat verabschiedeten Vorgaben für die Administration. Die Korrekturfunktion vollzieht sich nun pro Rüstung vor oder gar contra ABM-Vertrag. So hatte die vom Verteidigungsausschuß mehrheitlich verabschiedete Gesetzesvorlage die Exekutive auf ihre ursprüngliche Verhandlungsposition festlegen (siehe unten) und ferner verbieten wollen, bewilligte Gelder für die Genfer Verhandlungen auszugeben, wenn die US-Delegation eine Trennungslinie aushandelt, die die Entwicklung der neuen US-Abwehrraketen einschränkt. Ein festgelegter Parameter als Verhandlungsvorgabe in Genf hätte den Präsidenten bereits bei den Gesprächen die Hände gebunden und den Senat zum Gesprächsführer gemacht.

Die Administration - unterstützt von vielen Demokratischen Senatoren - machte unmißverständlich klar, daß sie diese Position nicht akzeptieren werde, weil sie die Regierung der

konstitutionell verbrieften Prärogative berauben würde - im Vergleich zum sich abzeichnenden Verfassungskonflikt unter Reagan waren hier die Seiten vertauscht. Im zwischen Levin, Nunn, Warner und Cohen ausgehandelten Kompromiß gaben die Republikaner nach. Aus der verbindlichen Gesetzesvorlage wurde eine "non-binding" Form für die Aushandlung der "demarcation". Damit hat die Exekutive volle (Ver)handlungsfreiheit in Genf, was aber nicht bedeutet, daß sich der Senat sein Mitspracherecht nehmen lassen wird, wenn es um die in Genf erzielten, nach wie vor zustimmungspflichtigen Abänderungen geht (Congressional Record, 5. 9. 1995, S. S12582ff.).

Die USA eröffneten die Gespräche mit folgendem Vorschlag für eine Trennungslinie zwischen erlaubten TMD und verbotenen Systemen zum Abfangen strategischer ballistischer Flugkörper: Alle "Defensiv" waffen, die gegen Raketen mit einer Geschwindigkeit bis zu 5 km pro Sekunde getestet wurden, stellen ein TMD-System dar, das nicht durch den ABM-Vertrag eingeschränkt ist; die Erprobung von Waffen gegen Ziele mit einer größeren Geschwindigkeit (und einer entsprechend größeren Reichweite) ist dagegen verboten. Aufgrund des Verhältnisses der Geschwindigkeit und der Reichweite eines ballistischen Flugkörpers sind hiermit abzuwehrende Waffen mit einer Reichweite von 3.000 bis 3.500 km angesprochen (in diese Kategorie fällt die chinesische CSS-2, die als Paradebeispiel für die neuen Raketen-Gefahren herangezogen wird). Gleichzeitig soll Außenminister Christopher SCC-Chefunterhändler Stanley Riveles am 23. März 1994 in einem Memorandum angewiesen haben, keine Geschwindigkeitsbegrenzungen für die TMD-Systeme selbst zu akzeptieren (die oben ausgeführten Kriterien beschränken die feindlichen Ziele und nicht die eigenen Abwehrwaffen). (Gertz, 2. 2. 1995)

Riveles soll einen Monat später in einem "Commissioner's Assessment" erklärt haben, daß es aus russischer Sicht ohne weitere Beschränkungen keine Übereinkunft zwischen beiden Seiten geben werde. Denn die Moskauer Delegation sah in ihrem Gegenvorschlag Restriktionen bei den TMD-Systemen vor. Überhaupt ist es das Hauptziel Rußlands, die geplanten taktischen Raketenabwehrwaffen der USA so stark wie möglich einzuschränken, ohne daß das eigene Potential berührt wird (vor allem das Äquivalent zur Patriot, die S-300PMU1, also die SA-10 in der NATO-Terminologie). Die US-Seite machte daraufhin offensichtlich Zugeständnisse. Bei den SCC-Gesprächen im November 1994 sollen die Russen auf die Konzessionen der USA mit einem sechsseitigen Forderungskatalog nach weiteren Einschränkungen reagiert haben.

Die Befürchtung, daß die Zugeständnisse der US-Delegation zentrale TMD-Systeme einschränken könnten, rief im Juni 1994 zwei führende Militärs auf den Plan, die die Vereinigten Stabsschef (Joint Chiefs of Staff) zum "weiteren Widerstand" ermutigten. Der stellvertretende Verteidigungsminister Deutch versuchte die militärische Führung damit zu beruhigen, daß die US-Konzessionen nur vorübergehend gemacht würden. Als Reaktion auf die harte Verhandlungsposition der russischen Seite im November schrieb der Vorsitzende der Vereinigten Stabsschefs, General Shalikashvili, an Deutch am 3. Januar 1994, die amerikanische Delegation sollte keine weiteren Zugeständnisse mehr machen; "es sei sogar an der Zeit, daran zu denken, die US-Verhandlungsposition zurückzurollen" (Zitate in: Gertz, 2. 2. 1995). Zu diesem Zeitpunkt plante die Administration offensichtlich, Moskau zu einem gemeinsamen Abkommen mit einem \$ 30 Mio. Angebot über den Verkauf von Rake-

tentechnologie und Frühwarndaten zu bewegen. Deutch sollte Anfang 1995 mit dieser Offerte nach Moskau fliegen, aber hierzu kam es nicht. Denn nachdem die Clinton-Administration die Moskauer Regierung durch ihren Botschafter vor Ort über den bevorstehenden THAAD-Test informiert hatte, sagte die russische Seite das Treffen mit Deutch ab.

Am 4. Januar 1995, einen Tag nach Shalikashvilis Memorandum an Deutch, forderten 17 Abgeordnete (unter ihnen Haus-Sprecher Gingrich) des gerade zusammengetretenen Repräsentantenhauses Präsident Clinton auf, die SCC-Gespräche abubrechen. In einem ähnlichen Brief zeigten 39 Republikanische Senatoren ebenfalls Flagge. Clinton lehnte die Forderung ab. Die Administration, jetzt unter politischen Druck geraten, suchte nach einer Möglichkeit, um auf dem für Mai 1995 anberaumten Clinton-Jelzin-Gipfel zu einer Übereinkunft in der "demarcation"-Frage zu kommen. Die US-Administration soll weiterhin Restriktionen für die TMD-Systeme angeboten haben, die Moskau zurückwies, was zu einem neuen US-Vorschlag am 22. Juni führt, den Moskau abermals ablehnte. Der geheimen Note Rußlands vom 9. Juli zufolge, von der die "Washington Times" eine Kopie erhielt (Gertz, 19. 7. 1995), hat die Clinton-Administration ihre Position offensichtlich radikal verändert. Es scheint, daß sie alle Zugeständnisse zurückgenommen hat und eine beispiellos harte Position vertrat. Danach soll jede Seite unilateral bestimmen können, ob TMD-Systeme mit einer Geschwindigkeit über 3km/sec mit dem ABM-Vertrag vereinbar sind. Der "Washington Times" zufolge soll die geheime russische Note darauf bestehen, daß nur taktische Abwehrsysteme getestet werden können, die keine Fähigkeiten haben, strategische Raketen abzufangen. Moskau soll die Gesprächspartner auch aufgefordert haben, zum russischen Vorschlag zur Begrenzung von Abfangflugkörpern (und nicht von abzufangenden Zielen) zurückzukehren (Gertz, 19. 7. 1995).

Die Gespräche, die von Anfang an nicht recht vorankamen, waren bis zum Herbst 1995 festgefahren. Dann kam unerwartetermaßen Bewegung in die Verhandlungen. Anfang Dezember enthüllte die "Washington Times", daß ein Rahmenabkommen zwischen Undersecretary of State Lynn Davis und einem russischen Beamten zustande gekommen sei; allerdings ist derzeit noch nicht klar, ob sich hieraus ein endgültiges, für beide Seite akzeptables Abkommen ergibt. Die ausgehandelten Bestimmungen der Rahmenvereinbarung, deren Text dem "Washington Times"-Mitarbeiter Bill Gertz offensichtlich vorlag, macht deutlich, daß sich die harte US-Position vom Frühsommer nicht halten ließ. Die Clinton-Administration kehrte abermals zu früheren Zugeständnissen gegenüber dem Verhandlungspartner zurück. Gleichzeitig ist die vorläufige Vereinbarung so angelegt, daß die Entwicklung der von den USA angestrebten Raketenabwehrwaffen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht eingeschränkt wird.

Im Rahmenabkommen sollen Abfangflugkörper mit einer Geschwindigkeit bis zu 3 km/sec und abzufangende Ziele mit einer Geschwindigkeit bis zu 5 km/sec erlaubt sein. Ferner akzeptierte die US-Regierung offenbar erneut geographische und quantitative Beschränkungen für die taktischen Abfangflugkörper. Die vorläufige Vereinbarung führt laut "Washington Times" hierzu aus, daß keine TMD aufgestellt werden sollen, die für die Nuklearwaffen der "anderen Seite eine wirkliche Bedrohung" (Gertz, 4. 12. 1995) darstellen. Die aufgeregte Kritik der Raketenabwehrbefürworter richtet sich vor allem darauf, daß mit der Geschwindigkeitsbegrenzung insbesondere das sich allerdings erst im Anfangs-

stadium befindende "Upper Tier Program" der Marine nicht gebaut werden könnte (Defense Daily, 1. 12. 1995; Gertz, 30. 11., 4. und 6. 12. 1995).

Wie immer die verbindliche Vereinbarung im Detail aussehen wird: Die akzeptierte Geschwindigkeitsbegrenzung der US-Regierung ist auch im Rahmenabkommen darauf ausgerichtet, daß zum einen die "zentralen Systeme" ihres TMD-Programms - PAC-3 und die THAAD - entwickelt, getestet und gebaut werden können; zum anderen enthält das Rahmenabkommen das Schlupfloch, das es den USA bis zum Abschluß eines weiteren offiziellen Abkommens erlaubt, die vertragliche Kompatibilität des "Upper Tier Program" der Marine und anderer "Systeme mit weiterreichenden Fähigkeiten" unilateral zu bestimmen.

Wenn die US-Regierung zum gegebenen Zeitpunkt mit derartigen Waffen so verfährt wie 1995 mit der THAAD, dann ist der Primat der Militärtechnologie vor deren Kontrolle auch in Zukunft besiegelt. Denn unter dem Druck aus beiden Häusern des Kongresses, aber auch seitens der Militärs und der zivilen Führung des Pentagon, hat die Administration bei der Durchführung ihrer TMD-Politik neue Realitäten geschaffen. Nichts demonstriert dies mehr als der erste Test der THAAD am 21. April 1995. Auch wenn die US-Regierung alle Forderungen nach Abbruch der Genfer ABM-Gespräche ablehnt und auf der Verhandlungsebene weiterhin einen Kurs des Bilateralismus verfolgt, so macht der THAAD-Test eine unilaterale Interpretation des ABM-Vertrages erforderlich - und eine Abkehr von der bis 1994 vertretenen Auffassung. Noch im März 1994 hatte der Direktor der Ballistic Missile Defense Organization, O'Neill, die Auffassung vertreten: Bis zur Klärung der Trennungslinie zwischen strategischen und taktischen Systemen "wird THAAD als ABM-System angesehen"; es gebe "keinen Grund, das THAAD-Programm 1994 zu stoppen, denn es gibt keine Besorgnis wegen des Vertrages, weil wir noch nicht mit dem Testen begonnen haben" (O'Neill, 15. 3. 1994, S. 181 bzw. 182; siehe auch: Inside the Pentagon, 29. 9. 1994, S. 5f.) Und ein für den Kongreß bestimmtes, nicht-öffentliches Pentagon-Papier war entgegen der Auffassung von THAAD-Produzent Lockheed zu dem Schluß gekommen, daß die Russen der Abänderung des ABM-Vertrages zustimmen müssen - oder das Kernelement THAAD des Clintonschen Raketenabwehrprogramms werde gegen das Abkommen verstoßen (Defense Week, 7. 2. 1994).

Da die Genfer Verhandlungen einerseits nicht zu dem erwünschten Ergebnis führten, andererseits im THAAD-Fahrplan Tests anstanden, änderte das Pentagon das Design der Raketenabwehrwaffe in einer Weise, die es als mit dem Vertrag vereinbar erscheinen läßt. Wie in den Jahren zuvor nutzt das Department of Defense eine Grauzone des ABM-Vertrages aus. Das Abkommen läßt es offen, in welchem Ausmaß neu entwickelte Technologien die Funktion der in Art. II definierten drei ABM-Komponenten erfüllen müssen, damit sie ebenfalls als "components" angesehen werden können - und damit den gleichen Beschränkungen und Verboten unterliegen wie ABM-Abfangraketen, -Abschußvorrichtungen und -Radars. (5)

Auch im Fall von THAAD argumentiert das Pentagon nun, daß es erst dann ein (verbotenes) ABM-System werde, wenn ein integrierter Test stattfände, der einen externen Sensor mit einschließt, dessen Aufgabe es sei, die Abfangraketen mit entsprechenden Informationen zu versorgen. Da der Test der THAAD nicht so umfassend angelegt sei, verstoße die

Waffe nicht gegen den Vertrag. Es ist offensichtlich, daß THAAD auch im Rahmen der sogenannten engen Deutung des Vertrages das Abkommen in seiner Substanz gefährdet.

6. Folgen für die Rüstungskontrolle

6.1 Die Gefährdung des ABM-Vertrages und der nuklearen Rüstungsreduktionen im Rahmen von START I und II

Mit ihrem Nein zu einem territorialen Raketenabwehrschirm hat die Administration Clinton neue Realitäten für die russische Regierung unter Jelzin geschaffen, die Anfang 1992 die bis dahin dominierende Ablehnung eines "Defensiv" gürtels relativierte. Jelzins UN-Rede vom Januar 1992, einen Monat nach der offiziellen Auflösung der UdSSR gehalten, stiftete insofern Verwirrung, als der Präsident einerseits für die Einhaltung des ABM-Vertrags plädierte, wie es der Moskauer Tradition entsprach. Andererseits befürwortete Jelzin ein globales Verteidigungssystem, das das Abkommen ja gerade verhindern soll. Von gemeinsamen Anstrengungen in Richtung auf einen globalen Abwehrschirm war auch später noch die Rede, und zwar sowohl in der Präambel des von Bush und Jelzin am 3. Januar 1993 unterzeichneten START II-Vertrages als auch in der vorher, am 17. Juni 1992, zwischen beiden Seiten getroffenen Vereinbarung zur globalen Verteidigung.

Jelzins neue Töne verwiesen in der Raketenabwehrfrage erstmals auf verschiedene Fraktionen in den politischen und militärischen Entscheidungszentren Moskaus sowie in der "strategic community". Angesichts der knappen Ressourcen (siehe unten) plädierten die meisten Repräsentanten des Verteidigungsministeriums und die führenden Militärs gegen ausgedehnte Programme in diesem Bereich. Unterstützt wurden sie von nur wenigen gesellschaftlichen Strategieexperten, hier vor allem von Mitarbeitern des von Alexei Arbatov geleiteten Zentrums für Geopolitische und Militärische Voraussagen in Moskau. Die neue, sich für einen globalen Schutz aussprechende Allianz unterschiedlicher Akteure mit divergierenden Interessen ist auf Rivalitäten zwischen den Ministerien, aber auch auf bürokratische Ambitionen und Mängel im Moskauer Entscheidungssystem zurückzuführen; es ist mit dadurch gekennzeichnet, daß sich die Streitkräfte und die Rüstungsindustrie weitgehend der zivilen Kontrolle entzogen haben (Pikaev u.a. 1995, S. 17).

Zu dieser Koalition gehören der Erste Stellvertretende Verteidigungsminister Kokoschin (ein bis dahin erklärter SDI-Gegner), aber auch Außenminister Kosyrew, führende pro-westliche Wissenschaftler, sowie die Produzenten von Raketenabwehrwaffen. (6) Die anvisierte Kooperation auf diesem High-Tech-Sektor war Teil des umfassenden Versuchs, das außenwirtschaftliche "Ziel Nr. 1", die Einbindung Rußlands in die Weltwirtschaft, zu erreichen. Rußland sollte industriepolitisch vom Vorsprung bei Hochtechnologien profitieren, eigene Technologien und Systeme verkaufen; vor allem für das Außenministerium schien die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ein geeignetes Instrument für eine politische Annäherung zwischen Moskau und Washington zu sein.

Produzenten wie "Wimpel", "Cometa", "Astrofisika", "Almaz", "Poliot" und "Energija" erhoffen sich von einem globalen Abwehrschirm einen Aufschwung und neue Aufträge. Anders als für die Rüstungsfirmen in den USA kommt für die russischen Hersteller von Militärgütern zum sektoralen Strukturwandel die Systemtransformation von einer Zentral-

verwaltungsökonomie in eine marktwirtschaftliche Ordnung hinzu. Die Betriebe, die in einem neuen, äußerst krisenhaften Umfeld operieren, müssen nicht nur mit den 1992 abrupt um zwei Drittel drastisch gekürzten Ausgaben für die Beschaffung von Waffen fertig werden. Auch der Militäretat hat sich beträchtlich vermindert, sein Anteil am Gesamthaushalt sank von 1991 bis 1993 von 35 auf 16,5% (Mironov 1994). Vor allem sind viele Rüstungsbetriebe von der Privatisierung betroffen.

Die Clinton-Administration hat nicht nur mit ihrer Abkehr von der Politik einer territorialen Raketenabwehr die Erwartungen dieser Koalition enttäuscht - und so ihren Einfluß auf die Moskauer Politik zumindest vorübergehend mit zurückgedrängt. Auch die Hoffnung, Rußland könnte diejenigen Weltraum- und Raketenabwehrtechnologien, bei denen es führend ist, in eine Kooperation mit den USA einbringen und zum Kauf anbieten, hat sich nur in begrenztem Ausmaß erfüllt (Kubbig/Müller 1993, S. 59). Auf der Angebotsliste befand sich u.a. das Pendant zur Patriot, die S-300, die wiederum nicht auf der Einkaufsliste des Pentagon stand. Dennoch bleiben die TMD weiterhin für Rußland wirtschaftlich wichtig. "Almaz" etwa will in vielversprechende Konversionsprogramme und zivile Hochtechnologie-Projekte investieren, die militärischen und zivilen Produkte sollen exportiert werden. Die zunehmende Bedeutung der Ausfuhr von Raketen- und Luftabwehrsystemen ist im Zusammenhang mit der Politik Jelzins zu sehen, mit einem beträchtlich gesteigerten Ausfuhrvolumen an Militärgütern Devisenquellen zu erschließen (Armed Forces Journal International, November 1993, S.13; Cooper 1993-94; UNIDIR 1993). Ein profitables Beispiel ist die Ausfuhr des Flugabwehrsystems TOR, das das Verteidigungsministerium \$ 4,2 Mio. kostete und für \$ 15 Mio. "auf dem Weltmarkt" veräußert wurde. Insgesamt war die UdSSR/Rußland in der Zeit von 1989 bis 1992 mit 925 Boden-Luft-Raketen nach den USA (1.283) noch vor Westeuropa (855) der zweitgrößte Exporteur dieses Waffentyps (Grimmet 1993).

Gerade die Proliferationsgefahr wird von ehemaligen SDI-Gegnern wie Kokoschin neuerdings dazu eingesetzt, die mit den im Zuge der Rüstungstransformation verbundenen Einbußen durch Aufrüstungsmaßnahmen bei den Raketenabwehrwaffen abzufedern. Aber es wäre verkürzt, das Interesse Rußlands an dieser Technologie auf ökonomisch-industriepolitische Interessen reduzieren zu wollen. Als neue Bedrohungen definieren die Eliten neben der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen Konflikte wie den am Golf, lokale Kriege an der Peripherie Rußlands und separatistische Bewegungen innerhalb des Landes (Kipp 1994; Kortunov 1994). Angesichts der militärischen Aktivitäten Nord-Koreas, Afghanistans, Irans, Israels, Saudi-Arabiens, Indiens und Pakistans gibt es in Rußland - wie in den USA - einen Minimalkonsens darüber, daß die Raketenabwehr wichtig ist und in Zukunft noch bedeutsamer wird (Pikaev u.a. 1995, S. 23f.). Die Frage ist auch in Rußland, welche Folgen sich hieraus für die bilaterale Rüstungskontrolle in Gestalt des ABM-Vertrages ergeben. Kokoschin etwa machte in der Vergangenheit deutlich, daß er in Verhandlungen mit den USA für ein verändertes "ABM-2" offen sei (Kubbig/Müller 1993, S. 63). Und selbst konsequente Befürworter des ABM-Abkommens wie Pikaev, Menschikov und Arbatov befürworten eine Lockerung der strikten Vertragsbestimmungen für den Fall, daß es zu einer gemeinsamen Entwicklung von TMD kommt. Das gegenwärtig vorherrschende Gefühl in der russischen "ABM community" sei jedoch, daß die USA solche bilateralen

Projekte aus "strategischen und wirtschaftlichen Interessen" nicht wollten (Pikaev u.a. 1995, S.26).

Nicht ganz zu Unrecht vermuten unbedingte Befürworter der Raketenabwehr in den USA auch wirtschaftliche Interessen hinter der gegenwärtig dominierenden Moskauer Politik, die eher auf eine vorsichtige Anpassung des ABM-Vertrages abzielt (The Heritage Foundation 1995, S. 14). Insofern stimmt auch ihre Befürchtung, daß Moskau die Entwicklung der überlegenen TMD-Technologien der Vereinigten Staaten möglichst einschränken möchte. Ihre Verhandlungspositionen in Genf sind durchaus von den eigenen technologischen Möglichkeiten bestimmt. Dies erklärt zum Teil, warum die russische Delegation in Genf offensichtlich Parameter akzeptiert hat, die etwa von der liberalen Rüstungskontrollgemeinde in den USA für bedenklich gehalten werden.

Aber mindestens so wichtig dürften stabilitätspolitische Gründe für die russische Haltung in Genf sein. Moskau fürchtet, daß eine beträchtliche Aufrüstung bei den Raketenabwehrwaffen zu einer überlegenen Position der USA führt - und zwar gerade dann, wenn beide Seiten ihre Nukleararsenale auf 3.000-3.500 Sprengköpfe vermindern. Auf diese Anzahl haben sich beide Seiten im Rahmen des paraphierten START II-Vertrages geeinigt, der in Washington und Moskau zur Ratifikation ansteht. Sowohl der russische Präsident Jelzin (The Guardian, 18. 10. 1995) als auch führende Vertreter der Duma machen die Durchführung des START I-Vertrages und die Verabschiedung von START II davon abhängig, daß die USA sich an den ABM-Vertrag halten.

Das bedeutet ein Nein zu den territorialen Abwehrplänen in den USA und setzt ein Ja zu der gemeinsam - und nicht unilateral - festgelegten Trennungslinie zwischen taktischen und strategischen Systemen voraus (Nazarkin/Jones 1995; Defense Daily, 7. 3. 1995, S. 330). Auch das russische Außenministerium hat den ABM-Vertrag als ein "wichtiges Element der Stabilität" wiederentdeckt, wie sich der Stellvertretende Außenminister Mamedov während der US-Anhörungen zur START II-Ratifikation in Washington ausdrückte. Die zivile und militärische Führung des Verteidigungsministerium hatte diese Position (mit der Ausnahme Kokoschins) in den letzten Jahren kontinuierlich vertreten. Neben der NATO-Erweiterung und der finanziellen Belastung, die die Durchführung des START II-Abkommens am Anfang für Rußland mit sich bringen wird, bleibt der ABM-Vertrag auch aus Sicht des Moskauer Außenministeriums ein Stolperstein für die Ratifikation von START II (Mamedov, 18. 7. 1995, Zitat: S. 1). Mit seinen Forderungen nach einem territorialen Abwehrschirm im Jahr 2003 nährt die Mehrheit des Kongresses Ängste in Rußland - und den Widerstand gegen die nuklearen Rüstungsreduzierungen. Falls es zu einem Abkommen in Genf hinsichtlich der "demarcation"-Frage kommt, dürfte zumindest zwischen beiden Regierungen bei einem Aspekt der ABM-Problematik vorerst eine gewisse Entspannung eintreten.

Die wirtschaftlich bedenkliche Lage in Rußland bleibt gegenwärtig ein Hindernis für ein russisches Raketenabwehrprogramm, das es mit dem amerikanischen aufnehmen könnte. Und dennoch sollte nicht davon ausgegangen werden, daß ergebnislose Verhandlungen in Genf oder gar eine unilaterale amerikanische Aufkündigung des ABM-Vertrages in Rußland passiv hingenommen würden. Wenn die rüstungsindustriellen Gruppierungen wieder erstarren, sich die gesamte Pro-Raketenabwehr-Allianz neubelebt und sich die politischen Kräfte-

verhältnisse ändern, könnte es auch in Rußland zu Aufrüstungsmaßnahmen kommen, die mit dem ABM-Vertrag teilweise oder überhaupt nicht vereinbar sind. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich ausgerechnet nach dem beendeten Kalten Krieg die Aufrüstungskonkordien in beiden Staaten gegenseitig in die Hände arbeiten. Derzeitig gehen entsprechende Impulse von den konservativen Anhängern einer territorialen Abwehr der USA und dem schleichen Unilateralismus der liberal-konservativen Regierung Clinton bei den TMD-Verhandlungen in Genf aus. Beide Gruppen lassen sich, dem alten Denk- und Handlungsmuster folgend, von den technologischen Möglichkeiten neuer Waffen verlocken; sie ignorieren, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, wieder einmal die Vorteile, die Rüstungskontrolle für die Sicherheit bietet.

6.2 Falsche Signale für die weltweite Abrüstung

Von der gegenwärtigen Politik der USA gehen aber auch die falschen Signale für eine wirksame und breit angelegte Nichtverbreitungspolitik aus. Denn mit einer derart massiven Aufrüstung erwecken die entscheidenden Akteure in den USA den Eindruck, daß die vitalen internationalen Vereinbarungen von untergeordnetem Wert sind - also in erster Linie der nukleare Nichtverbreitungsvertrag, das Raketentechnologie-Kontrollregime, die Chemiewaffen-Konvention und die sich beständig in Geldnöten befindende Internationale Atomenergie-Organisation. Politisch und budgetär könnten die kostengünstigeren rüstungskontroll- und exportpolitischen Maßnahmen weiter ins Hintertreffen geraten.

Mit ihrer politisch und militärisch aufgewerteten Raketenabwehrpolitik geben die USA Anreize zur Aufrüstung auf dem nuklearen Sektor, und zwar weit über Rußland hinaus. Denn TMD-Systeme, die Raketen von ungefähr 3.200 km Reichweite abzufangen vermögen, können so aufgestellt werden, daß sie praktisch die bestehenden Atomarsenale Frankreichs, Großbritanniens und Chinas "impotent und obsolet" (Reagan) machen (Hildreth 1994, S. 19). So gab der britische Verteidigungsminister 1992 zu bedenken, daß London sich veranlaßt sehen könnte, die Anzahl der strategischen Sprengköpfe u.a. dann zu erhöhen, wenn "beträchtliche Entwicklungen" bei den Raketenabwehrwaffen die nukleare Abschreckung seines Landes in Zweifel zögen (Zitat in: Mendelsohn 1994-95, S. 69). Weitaus schärfer hat China reagiert, das fürchtet, sein Nukleararsenal von 300 Sprengköpfen und Trägersystemen werde durch ein in Asien entsprechend aufgestelltes Abwehrysystem der USA neutralisiert (New York Times, 26. 10. 1994). Ein ausgedehntes Raketenabwehrprogramm Rußlands dürfte China noch nervöser machen und zu verstärkten Aufrüstungsmaßnahmen führen.

Abzuwarten bleibt, ob taktische Abwehrysysteme Dritte-Welt-Staaten mit atomaren Ambitionen davon abschreckt, ein eigenes Potential aufzubauen. Skepsis ist angebracht, denn die technischen Systeme bekommen die vielfältigen macht- und regionalpolitischen, wirtschaftlichen und bürokratischen Interessen von Staaten wie Indien, Pakistan, Israel und Nord-Korea nicht in den Griff. Einen Ersatz für notwendige (regional)politische Arrangements sind sie nicht. Zu beachten ist ferner, daß eine Aufwertung der Raketenabwehr zur Proliferation eben dieser Technologie führen kann. Auch wenn die militärische Bedeutung etwa der effizienteren Patriot in einer außerordentlichen Krisen- und Kriegssituation wie der während

des Zweiten Golf-Krieges nicht bestritten werden soll: Raketenabwehrsysteme global "politisch hoffähig" zu machen, birgt große politische Risiken. Möglich ist, daß "Defensiv"waffen entgegen der erhofften stabilitätspolitischen Absicht die regionale Rüstungsdynamik anheizen. Eintreten könnte eine solche Situation durch den Verkauf russischer Systeme nach Syrien und Libyen oder aufgrund des Exports amerikanischer TMD nach Japan, Süd-Korea, in die Ukraine, den Nahen und Mittleren Osten.

Kommt es zu einem erneuten Rüstungswettlauf zwischen Washington und Moskau als Folge der gescheiterten Genfer Gespräche, proliferieren taktische Abwehrwaffen weltweit, dann wird sich auch Europa schwerlich aus der neuen Rüstungsdynamik heraushalten können. Diese Entwicklungen würden den bereits angelaufenen Raketenabwehr-Initiativen einen neuen Schub verleihen. Dies betrifft sowohl die NATO und die Westeuropäische Union (WEU), die staatlichen Institutionen Frankreichs sowie die großen französischen und bundesdeutschen Rüstungskonsortien, aber auch italienische und englische Firmen.

6.3 Das "Eiserne Viereck" verfestigt sich in den USA

Der Schlüssel zu mehr Rüstung oder zu verstärkter Rüstungskontrolle liegt derzeit in den USA. Die Zeichen stehen auf mehr Rüstung. Die Republikanischen Mehrheiten in beiden Häusern des Kongresses haben gegenüber den von der Administration für das Haushaltsjahr 1996 beantragten \$ 2,9 Mrd. für die Raketenabwehr \$ 500 (Senat) bzw. 600 Mio. (Haus) mehr bewilligt (Missile Defense Report, 13. 10. 1995, S. 13). Zudem haben sie unmißverständlich deutlich gemacht, daß der ABM-Vertrag für sie zur Disposition steht. Dieser aggressive Unilateralismus ist - noch einmal - an den pragmatischen Konservativen und den Liberalen in beiden Häusern, vor allem aber an der Administration, gescheitert. Wie vor allem in der Ära Reagan war die an der vorsichtigen Veränderung des ABM-Vertrages interessierte russische Regierung ein wichtiger Bündnispartner der Rüstungskontroll-Befürworter in Gesellschaft und Kongreß. Die Regierung Clinton setzt bei der Modifikation des ABM-Vertrages auf das Prinzip des Bilateralismus, verfolgt aber ihrerseits, wie die THAAD-Tests zeigen, ebenfalls eine unilaterale Politik, wenn es gilt, für sie wichtige Rüstungsprogramme durchzusetzen.

Die Pro-Raketenabwehr-Organisationen im gesellschaftlichen Umfeld fühlen sich im Aufwind. Es bleibt abzuwarten, wie stark sie die "Verteidigung Amerikas" zu einem öffentlichen und, 1996, wahlpolitischen Thema werden machen können. In der "gesundgeschrumpften" und damit gut positionierten Rüstungsindustrie haben diese Organisationen, denen es in erster Linie um ideologische Ziele und nicht um wirtschaftliche Interessen geht, unsichtbar agierende, starke Verbündete. Teil des sich neu formierenden "Eisernen Vierecks" ist eine Reihe von führenden und einflußreichen Republikanischen Abgeordneten, die den "Defend America Act of 1995" im Repräsentantenhaus eingebracht haben. In diesen Kontext gehört auch das vom Abgeordneten Weldon ins Leben gerufene außerparlamentarische Netzwerk von Rüstungsfirmen, Gewerkschaftern und sicherheitspolitischen Lobbygruppen, das die Chancen für ein umfassendes Raketenabwehrsystem verbessern soll.

Die Vierte "im Bunde" ist die Ballistic Missile Defense Organization des Pentagon. Unverkennbar ist ferner der zunehmende Wettbewerb unter den Streitkräften um Gelder für "Defensiv"waffen. Hierbei ist auffallend, daß die auf eine größere Rolle bedachte Marine ihre TMD-Systeme mit weiterreichenden Fähigkeiten ("Upper Tier Program") mit einem bürokratisch-wirtschaftlichen Argument attraktiv zu machen versucht, das sich auch als Indiz für eine Eigendynamik deuten läßt: Man habe (so z.B. Vizeadmiral Thomas J. Lopez) bereits \$ 40 Mrd. in die Aegis-Schiffe, auf die die TMD-Systeme angebracht werden sollen, investiert (Lopez, 28. 3. 1995, S. 7; siehe auch Inside Missile Defense, 27. 9. 1995, S. 1/12).

In diesem "Eisernen Viereck" fließen verschiedene außenpolitische Grundorientierungen und Motive zusammen: Unilaterale "America first"-Weltbilder und das aktiv-internationalistische Selbstverständnis der alleinigen Supermacht mischen sich mit ökonomischen und bürokratischen Interessen. Dieses Netzwerk hat sich nach dem gewonnenen Kalten Krieg und dem Zweiten Golf-Krieg verdichtet und verstetigt. Für die Zukunft von Rüstung und ihrer Kontrolle ist dieser Befund aussagekräftiger als der Versuch, die einzelnen Elemente genau gewichten zu wollen.

Die Metapher vom "Eisernen Viereck" entspricht in der wissenschaftlichen und politikberatenden Literatur dem Theorem des Militärisch-Industriellen-Komplexes (MIK), der "Defense Industrial Base" (DIB) (7) sowie der militärisch-industriellen Netzwerk-Analyse (8). Das MIK-Erklärungsmodell ist ideologisch zu belastet, um es unbesehen für den Raketensektor fruchtbar zu machen. Viele Prämissen - meist ausschließlich auf ökonomische Faktoren verengt - haben sich als überzogen, überholt und falsch herausgestellt (Cowen 1986; Rosen, Hg., 1973). Die Vertreter dieses Ansatzes haben den MIK aufgrund der Interessen und Intentionen seiner Akteure definiert, kaum jedoch aufgrund ihrer wirklich durchgesetzten Absichten. Den Einfluß des MIK auf die Gestaltung der Rüstungs- und Außenpolitik der USA haben sie oftmals überschätzt. Entsprechend haben sie die außenpolitischen Zielsetzungen und Motivationen, die bei der Genese von Rüstungsprogrammen eine oft überragende Rolle spielen, ausgeblendet oder unangemessen niedrig eingestuft. Auch die Interessendivergenzen zwischen den wesentlichen MIK-Akteuren wurden oft nicht gesehen.

Empirisch hat eine Reihe von MIK-Studien allerdings einen wesentlichen Beitrag zur Analyse der Abhängigkeitsmuster, interessenmäßigen Verflechtungen sowie der Eigenheiten im Verhältnis zwischen politischem System und industriellen Akteuren geleistet (Adams/Humm 1990; Gansler 1980; Huffschnid 1986; Rilling 1970). Das MIK-Konzept ist zur Erklärung auch der gegenwärtigen US-Raketensektorpolitik dann brauchbar, wenn man - wie oben in der Beschreibung des "Eisernen Vierecks" enthalten - die ökonomistisch reduzierten Annahmen über Bord wirft, die Reichweite des Konzepts relativiert und außenpolitische Faktoren mit berücksichtigt.

Für die Struktur des militärisch-industriellen Netzwerks auf dem Raketensektor soll festgehalten werden: Die Eigenheiten, die das Netzwerk während des Ost-West-Konflikts kennzeichneten, sind auch für die gegenwärtige Phase charakteristisch und belegen, daß alle Reformversuche für den US-Rüstungsbereich gerade nicht für diesen militärisch besonders relevanten Sektor gelten. Nach wie vor steht demnach einer kleinen Gruppe von "gesundgeschrumpften" Hauptvertragsnehmern das Pentagon als alleiniger Käufer gegenüber. Die

Auftragsvergabe findet kaum unter marktwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen statt. Es existiert kein auf dem kommerziellen Sektor übliches Preis-Leistungsverhältnis. Es gibt eine enge Abhängigkeit zwischen Firmen und staatlichen Institutionen.

Das dichte Regelwerk von teilweise einzigartigen Sicherheitsvorschriften, Kontrollmechanismen und äußerst detaillierten militärischen Leistungsanforderungen bestimmt die stark formalisierten "Spielregeln" unter den Akteuren und die mit ihm verbundene "Waffenbeschaffungskultur" auf dem Raketenabwehrsektor. Dieses Regelwerk wirkt strukturkonservierend und isoliert das militärisch-industrielle Netzwerk zumindest auf der Ebene der Hauptvertragsnehmer gegen andere "networks" und neue "Eindringlinge".

Gegenüber dem "Eisernen Viereck" der vehementen Raketenabwehrbefürworter befinden sich die liberalen Befürworter von relativ bescheidenen Programmen in der Defensive. Keine Chance haben derzeit ihre Alternativvorschläge, die das ABM-Abkommen in seiner Substanz belassen wollen und statt teurer rüstungstechnologischer Programme schwerpunktmäßig auf rüstungskontroll- und exportpolitische Maßnahmen setzen. Chancenlos sind ebenfalls Vorstellungen, den ABM-Vertrag zu multilateralisieren und zu einem TMD-Vertrag zu machen, der taktische Abwehrwaffen weltweit zu begrenzen versucht.

Immerhin haben die Liberalen und gemäßigt Konservativen zentrale Forderungen der kompromißlosen Raketenabwehrbefürworter bis zum Herbst 1995 abbremsen können. Die Administration zeigte sich Ende 1995 entschlossen, die in der Vorlage des Vermittlungsausschusses wieder verschärften Vorstellungen nicht zu akzeptieren. Ob sich diese Tendenz im Wahljahr 1996 fortsetzt, wird sich zeigen. Der beste Garant für Rüstungskontrolle wäre, wie in der Vergangenheit auch, wenn vermittelt über einen wirtschaftlichen Engpaß in größerem Ausmaß "fiskalpolitische Falken" in den Kongreß gelangten, die wiederum für einen vorsichtigeren Kurs in der Raketenabwehrpolitik plädieren würden. Ein Republikaner als Nachfolger des Demokraten Clinton mit einer Mehrheit seiner Partei in beiden Häusern des Kongresses wäre indes eine Gewähr dafür, daß sich der Vorrang der Rüstung verstärkt fortsetzt. Unabhängig von diesem für die Rüstungskontrolle "worst case-Szenario" deutet gegenwärtig Vieles darauf hin, daß sich 1996 die Auseinandersetzungen um den ABM-Vertrag verschärfen werden.

7. Handlungsoptionen für die bundesdeutsche Politik

Die Bundesregierung sollte sich darauf einstellen, daß das verstärkte US-Interesse an der Raketenabwehr auch in der Ära Clinton auf Angebote und Vorschläge hinausläuft, sich stärker in diesem Bereich zu engagieren. Im amerikanischen Kongreß werden die Stimmen lauter, die eine Lastenverteilung mehr zugunsten der USA anmahnen. Die "burden sharing"-Debatte, die das transatlantische Verhältnis während des gesamten Ost-West-Konflikts begleitete, setzt sich damit auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion fort.

Nicht nur in den USA, sondern auch - allerdings weniger ausgeprägt - auf NATO- und Europa-Ebene gibt es deutliche Anzeichen für eine militärische und politische Aufwertung der Raketenabwehr. So werden derzeit in der NATO Bedrohungsanalysen erstellt, die Westeuropäische Union hat ein starkes Interesse an Weltraum- und Raketenabwehrtechnologien sowie an einem flächendeckenden Abwehrschirm für Europa bekundet. Um ihre operative Rolle ("Brückenfunktion") zwischen NATO und EU zu stärken, ist eine Koordinierung WEU-weiter Programme im Gespräch, unter ihnen der Raketenabwehrbereich (Walker/Gummett 1993), aber auch militärische Weltraumaktivitäten. Der französische Staat versucht angesichts der drastischen Einbußen durch den Rückgang der ausländischen Nachfrage nach Militärgütern den Rüstungsfirmen dabei zu helfen, sich bei der Umstrukturierung des europäischen Marktes durch den Aufbau transnationaler Netzwerke gut zu positionieren (OTA 1992 b; Sillard 1992).

Vor dem Hintergrund der hochgradig (1988: ca. 33%) von Exporten abhängigen französischen Rüstungsfirmen (Hébert 1991; Serfati 1992) ist zu erklären, warum sie konkrete Vorschläge für ein flächendeckendes europäisches Raketenabwehrsystem gemacht haben (Delaye 1993; Verdoux 1993; Zalonis 1993) - und warum ihre transnationalen Kooperations- und Verflechtungsstrategien besonders offensiv sind und auch die Raketenabwehr längst erfaßt haben. Entstanden sind so mehrere europäische Zusammenschlüsse (z.B. Aérospatiale und Thomson CSF mit Siemens und der DASA im Bereich Taktische Luftverteidigungssysteme), aber auch pragmatische Kooperationen zwischen US- und europäischen Rüstungsfirmen (z.B. DASA/MBB und Raytheon). (Defense News, 12.-18. 12. 1994, S. 41; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. 2. 1995) Nicht auszuschließen ist, daß durch das transatlantische und binneneuropäische "networking" auf Firmenebene "neue Tatsachen" geschaffen werden, die es den Unternehmen erlauben, sich der jeweiligen nationalen Rechtsprechung und Kontrolle zumindest partiell zu entziehen - und politischen Druck auf das politische System auszuüben.

Im Vergleich zu den USA und Frankreich hat die Bundesrepublik bisher auf die Proliferationsgefahren vorrangig mit politischen Maßnahmen reagiert. Dies hing mit den Ausfuhrskandalen der späten achtziger Jahre, die zu einem vielfach vorbildlichen Exportkontrollkonzept führten, zusammen. Ein weiterer Faktor sind die innergesellschaftlichen Kontroversen über die Rolle des wiedervereinigten Deutschlands in der internationalen Politik. Aber auch die bundesdeutsche Rüstungsindustrie ist beträchtlichen Anpassungsprozessen unterworfen (Bebermeyer 1992; Fichtmüller 1993; von Wartenberg 1993). Sie hat deutlich zu erkennen gegeben, wie sehr ihr an out-of-area Einsätzen der "Krisenreaktionskräfte" der Bundeswehr gelegen ist, zu deren Schutz sie mobile Abwehrsysteme entwickeln möchte. In

der "Planungsleitlinie der Bundeswehr 1995", die im September 1993 in Kraft trat, hat das Bonner Verteidigungsministerium allen Kategorien der Flugkörperabwehr erstmals eine hohe Priorität zugewiesen (George 1993). Ein stärkeres Interesse an der Abwehr von Raketen ist in der Bundesrepublik unverkennbar (George 1993; Studiengesellschaft 1993; Weiss 1993; Weißbuch 1994). Abzuwarten bleibt, in welchem Ausmaß es sich in einer verbindlichen Raketenabwehrpolitik durchsetzt.

Unverkennbar ist jedoch auch das bundesdeutsche Interesse an einem US-russischen Verhältnis, das sich durch die Aufrüstung der Vereinigten Staaten nicht verschlechtert. An einer stagnierenden oder gar gefährdeten Rüstungskontrolle bei START I und II, die den Beginn eines neu aufkeimenden Ost-West-Konflikts signalisiert, kann der Bundesrepublik nicht gelegen sein. Gerade weil sie bisher der Raketenabwehr gelassen gegenüber gestanden hat, ist die Bonner Regierung bestens positioniert, um dem Allianzpartner USA deutlich zu machen, wie wichtig der ABM-Vertrag auch zukünftig für die Regulierung des Ost-West-Verhältnisses ist.

Obwohl die Bundesrepublik nicht Unterzeichnerin des ABM-Abkommens ist, sollte sie jene Akteure in der Regierung Clinton stärken, die den Vertrag multilateralisieren wollen. Für die Bundesregierung empfiehlt sich auf den entsprechenden Abrüstungsforen in Genf das Engagement für einen Vertrag, dem möglichst alle Staaten mit Raketen(abwehr)potentialen beitreten müßten. Ein solches Abkommen sollte die taktischen Abwehrsysteme wirksam begrenzen. So ließe sich die sich abzeichnende neue Runde des Wettrüstens bei den "Defensiv" waffen wenn nicht stoppen, so doch abbremsen.

ANMERKUNGEN

1. Im politischen Spektrum der USA sind die unbedingten/kompromißlosen Befürworter der Raketenabwehr im Bereich Sicherheitspolitik extrem konservativ. Ich verwende im Folgenden für diese Gruppierung den Begriff konservativ, während die kompromißbereiten Anhänger der Raketenabwehr als gemäßigt Konservative bzw. Moderate bezeichnet werden sollen.
2. Eine ausführlichere Darstellung der im Großen und Ganzen unveränderten - und wenig überzeugenden - konservativen Argumentationsmuster findet sich in: Kubbig/Müller, 1993, S. 41ff. Auch die Kritikpunkte an meiner Raketenabwehr-Kritik, etwa von einem Mitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung zusammengestellt (Lange 1993, S. 47ff.), hat mich allein deshalb nicht überzeugt, weil sie zumindest in einem Punkt sachlich falsch (S. 49 unten) und insgesamt verkürzt sind. Fairerweise bemerkt der Autor zum Schluß: "Die Kritik an GPALS ist zugegeben wesentlich vielschichtiger, als es die wenigen, oben angegebenen Beispiele erkennen lassen." (S.51)
3. In ihren Grundsätzen und Vorschlägen geht die Carter-Administration von der inzwischen weitverbreiteten Erkenntnis aus, daß sich zivile und militärische Herstellungsverfahren, aber auch zentrale Technologien wie Elektronik, Software, neue Werkstoffe und Informationssysteme immer mehr angleichen (Gansler 1993-94; Kubbig 1990 b; Walker u.a., 1988). Gleichzeitig geht die "Philosophie" der Clinton-Administration gerade in der gegenwärtigen Umbruchphase von einer stärkeren Rolle des Staates als Koordinationsinstanz für die industrie- und technologiepolitischen Initiativen aus.
4. Entsprechend ihrer "Philosophie" (siehe Anm. 3) steht für die Regierung Clinton die Förderung von dual-use Technologien im Mittelpunkt. Dies betrifft a) die Aufwertung der Defense Advanced Research Projects Agency als ziviles Pendant zum Pentagon, das traditionell die Koordination der fraktionierten US-Industriepolitik einnimmt; b) den Abbau der hohen, sicherheitspolitisch motivierte Barrieren für den Technologietransfer in den zivilen Bereich; c) Pläne, das Waffenbeschaffungssystem effizienter und kostensparender zu gestalten ("more bang for the buck") in Richtung auf eine Integration nicht-militärischer Firmen, die unter kommerziellen Wettbewerbsbedingungen arbeiten und deren Management- und Produktionsmethoden als leistungsfähiger gelten; d) kostensparende Überlegungen, in der gegenwärtigen Zeit knapper finanzieller Ressourcen angesichts der veränderten militärischen Anforderungsprofile Waffen nicht mehr in großer Stückzahl herzustellen und/oder es nur bei Prototypen zu belassen (Perry 1994).
5. Das Abkommen schränkt neue Technologien nicht ein, wenn sie im Sinne einer Hilfsfunktion lediglich dazu beitragen, daß die drei Hauptkomponenten ihre Aufgaben wahrnehmen können. Alle Technologien, die die Funktionen der Komponenten nicht oder nur teilweise auszufüllen vermögen, werden seit der Reagan-Administration zu bloßen "subcomponents" oder "adjuncts" erklärt. Demnach können einzelne Technologien für sich erprobt werden, nur integrierte Versuche sind dann nicht erlaubt, wenn sie zusammengekommen eine ABM-Fähigkeit ergeben, die der von Abfangraketen, Abschußvor-

richtungen und Radars entspricht. Erprobungen in diesem Ausmaß wären nur im Rahmen der sogenannten weiten Deutung des ABM-Vertrages möglich, die der US-Senat der Administration jedoch nie zugebilligt hat, um den Vertrag nicht zu unterminieren (Kubbig 1990 c).

6. Kokoschin befürwortete die Zusammenarbeit mit dem Westen zum Aufbau eines gemeinsamen Abwehrsystems vorrangig aus industriepolitischen Motiven. Einer umgestalteten rüstungsindustriellen Basis schreibt er eine "Lokomotiven-Funktion" für die Gesamtwirtschaft zu. Die Vorstellungen Kokoschins, der früher Stellvertretender Direktor des Instituts zum Studium der USA und Kanadas war, sind stark von der US-Diskussion um die "Defense Industrial Base" und die zivil-militärische Integration beeinflusst (Cooper 1993-94). Im Rahmen einer Nationalen Industriepolitik (NIP) soll aus Kokoschins Sicht einerseits die wehrtechnische Industrie mit deutlichem Akzent auf doppelt verwendbaren Hochtechnologie-Projekten und einzigartigen High-tech-Waffen Rußland international wettbewerbsfähig machen; andererseits ist die rüstungsindustrielle Basis an veränderte außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen anzupassen. Der zentrale Bestandteil der NIP ist die Gründung von Finanz-Industrie-Gruppen vom Typ "Almaz". Gerade weil sie auf dual-use Produkte und auf Exporte ausgerichtet sind, sollen sie nicht nur der Motor der umfassenden Modernisierung, sondern auch das Kernelement der russischen Ökonomie werden. Diese Gruppierungen sollen erstmals erreichen, daß der zivile den militärischen Bereich technologisch überholt.
7. Der DIB-Begriff wird vor allem in der politikberatenden Literatur verwendet. Insbesondere Studien des inzwischen aufgelösten Office of Technology Assessment (OTA) haben ihn "hoffähig" gemacht und zu seiner internationalen Verbreitung beigetragen (OTA 1988; OTA 1991 b; OTA 1992 a). Rein begrifflich ist DIB vielfach ein ideologisch entfrachtetes Äquivalent für den Militärisch-Industriellen Komplex. Allerdings fällt das DIB-Konzept in der Regel hinter differenzierte MIK-Studien zurück, da seine Vertreter überwiegend keine Struktur-, Interessen- und Interaktionsanalysen leisten.
8. Ebenfalls in Abgrenzung zum MIK-Modell haben Gummet und Reppy (1990; 1991) das von Wilks und Wright (1987 b; Wright 1988) entwickelte "policy community and policy network" auf den Rüstungsbereich übertragen. Der Netzwerk-Ansatz enthält die analytischen Elemente des MIK-Modells, ohne die genannten ideologischen Annahmen und Vereinfachungen zu übernehmen. So begreift die Netzwerk-Analyse - anders als das "ökonomistische Diktat" im MIK-Modell - die zwischen Regierungen und Industrie ablaufenden Prozesse als flexibel und veränderbar. Dies ist auch auf dem Raketenabwehrsektor wichtig vor allem im Hinblick auf den Einfluß des "Eisernen Vierecks". Er ist nicht festgelegt, sondern kann in Zukunft durchaus schwanken.

Literaturverzeichnis

Adams, Gordon/Randal Humm 1990: The US Military-Industrial Complex and National Strategy, in: Carl G. Jacobsen (Hg.): Strategic Power: USA/USSR, Houndmills/London, 286-297

Ballistic Missile Defense Organization 1995: 1995 Report to the Congress on the Ballistic Missile Defense, Washington, D.C.

Bebermeyer, Hartmut, 1992: Die deutsche Rüstungsindustrie im Anpassungsprozeß. Wirtschaftliche Probleme der Abrüstung, in: Europäische Sicherheit, Nr. 3, 170-175

Business Roundtable 1993: Creating Transportation Jobs, Los Angeles

(CBO) Congressional Budget Office 1993: The Technology Reinvestment Project: Integrating Military and Civilian Industries, Washington, D.C.

(CBO) Congressional Budget Office 1994: The Future of Theater Missile Defense, Washington, D.C.

Center for Strategic and International Studies, Washington, D.C./Council on Foreign and Defense Policy, Moscow 1993: Harmonizing the Evolution of U.S. and Russian Defense Policies, Washington, D.C. (Projektleiter: Fred C. Iklé und Sergei A. Karaganov)

The Chicago Council on Foreign Relations 1995: American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1995, Chicago (Hg.: John E. Rielly)

Clinton, William J./Albert Gore, Jr., 1993: Technology for America's Economic Growth. A New Direction to Build Economic Strength (Ms.)

Coalition to Defend America, 4.6.1995: News Release, Washington, D.C.

Coalition to Defend America, 10.8.1995: News Release, Washington, D.C.

Coalition to Defend America 1995: Endorsement of the 'Defend America Act of 1995', Washington, D.C.

Coalition to Defend America, 17.10.1995: Press Release, Washington, D.C.

Cooper, Julian 1993-94: Transforming Russia's Defence Industrial Base, in: Survival, Nr. 4, 147-162

Cowen, Regina H. E. 1986: Defense Procurement in the Federal Republic of Germany. Politics and Organization, Boulder/London

- Czempiel, Ernst-Otto/Kerstin Dahmer/Matthias Dembinski/Kinka Gerke 1994: Die Weltpolitik der USA unter Clinton. Eine Bilanz des ersten Jahres, Frankfurt am Main (HSFK-Report, 1-2)
- Delaye, Michel M. 1993: Comments on possible protection systems for Europe. Symposium zum Thema "Anti-missile defence for Europe" der Assembly of Western European Union, Technological and Aerospace Committee, Cecchignola, Rom
- Fichtmüller, Carl Peter 1993: Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie, in: Europäische Sicherheit, Nr. 5, 254-256
- Gaffney, Jr., Frank, 9.5.1995: Mischief in Moscow?, in: Washington Times
- Gansler, Jacques S. 1980: The Defense Industry, Cambridge, Mass./London
- Gansler, Jacques S. 1993-94: Transforming the US Defence Industrial Base, in: Survival, Nr. 4, 130-146
- (GAO) General Accounting Office 1994 a: Defense Conversion. Slow Start Limits Spending, Washington, D.C.
- (GAO) General Accounting Office, 1994 b: Ballistic Missile Defense. Information on Theater High Altitude Area Defense (THAAD) System, Washington, D.C.
- George, Peter J. 1993: Stand der Technologie der Effektoren, in: Studiengesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e. V. (Hg.): Luftraumüberwachung und Abwehr der Bedrohung aus der Luft, Bonn (o. S.)
- Gertz, Bill, 2.2.1995: U.S. concessions in missile pact hamper development of defenses, in: Washington Times
- Gertz, Bill, 19.07.1995: Moscow balks at ABM proposal, in: Washington Times
- Gertz, Bill, 30.11.1995: U.S. accepts limit on speed of anti-missile interceptors. Deal with Russia could halt advanced regional systems, in: Washington Times
- Gertz, Bill, 4.12.1995: Deal with Russia could hamper missile defenses. White House hails treaty amendment, in: Washington Times
- Gertz, Bill, 6.12.1995: Lawmakers flag Russian missile deal. Pact would limit new U.S. defense, in: Washington Times
- Grimmet, Richard F. 1993: Conventional Arms Transfers to the Third World, 1985-1992, Washington, D.C. (Report des Congressional Research Service)
- Gronlund, Lisbeth/George Lewis/Theodore Postol/David Wright 1994: Highly Capable Theater Missile Defenses And the ABM Treaty, in: Arms Control Today, 24, 3 (April), 3-8

Gummet, Philip/Judith Reppy 1990: Military Industrial Networks and Technical Change in the New Strategic Environment, in: Government and Opposition, Nr. 3, 287-303

Gummet, Philip/Judith Reppy 1991: Changing Military Industrial Structures: Implications for National Technology Capabilities (Ms.)

Hartley, Keith/Nick Hooper 1991: Economic Adjustment, in: Stephen Kirby/Nick Hooper: The Cost of Peace: Assessing Europe's Security Options, Chur u. a., 199-223

Hébert, Jean-Paul 1991: Stratégie Française et Industrie d'Armement, Paris

The Heritage Foundation 1995: Defending America: A Near- and

Long-Term Plan to Deploy Missile Defenses. Report of the Missile Defense Study Team ("Team B Study Group"), Washington, D.C.

Hildreth, Steven A. 1994: The ABM Treaty and Theater Missile Defense: Proposed Changes and Potential Implications, Washington, D.C. (Report des Congressional Research Service)

Huffschnid, Jörg 1986: Staatsmonopolistische Komplexe in der BRD: Exemplarische Analysen, in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hg.): Staatsmonopolistische Komplexe in der Bundesrepublik, Köln, 176-216

Institute for Foreign Policy Analysis 1994: Proliferation, Theater Missile Defense, and U.S. Security, Cambridge, Mass./Washington, D.C.

Keeny, Jr., Spurgeon M. 1994: The Theater Missile Defense Threat to U.S. Security, in: Arms Control Today, 24, 7 (September), 3-7

Kipp, Jacob W. 1994: Russian Military Doctrine and Military Technical Policy: An American Military Historian's Perspective, in: Comparative Strategy, Nr. 1, 25-42

Kosiak, Steven M. 1995: Non-Proliferation & Counterproliferation: Investing for a Safer World?, Washington, D.C. (Defense Budget Project)

Kortunov, Sergei 1994: International and Domestic Political Factors in the Formulation of Military Doctrine and Military-Technical Policy in Russia, in: Comparative Strategy, Nr. 1, 43-48

Krepinevich, Andrew F. 1994: The Bottom-Up Review: An Assessment, Washington, D.C. (Defense Budget Project)

Krepon, Michael 1995: Are Missile Defenses MAD?, in: Foreign Affairs, 74, 1 (Januar/Februar), 19-24

Krepon, Michael, 24.7.1995: Treaty Trashing, in: Washinton Post

- Kubbig, Bernd W. 1990 a: Die SDI-Debatte in der Reagan-Administration und im Kongreß ab 1983, in: ders. (Hg.): Die militärische Eroberung des Weltraums, Frankfurt am Main, Bd. 1, 94-167
- Kubbig, Bernd W., 1990 b: Die spin-off-Diskussion in historischer Perspektive: Ergebnisse und Rahmenbedingungen für zivilen Nutzen, in: ders. (Hg.): Die militärische Eroberung des Weltraums, Frankfurt am Main, Bd. 2, 517-572
- Kubbig, Bernd W. 1990 c: Der gefährdete ABM-Vertrag, in: ders. (Hg.): Die militärische Eroberung des Weltraums, Frankfurt am Main, Bd. 1, 285-349
- Kubbig, Bernd W./Harald Müller 1993: Nuklearexport und Aufrüstung. Neue Bedrohungen und Friedensperspektiven, Frankfurt am Main
- Lange, Klaus 1993: Proliferation und Sicherheit - Aspekte militärtechnischer Stabilisierungsmöglichkeiten, o.O. (Hanns-Seidel-Stiftung e.V.)
- Lopez, Thomas J., 28.3.1995: Statement, 104/1 U.S. Senate, Armed Services Committee, Washington, D.C. (Ms.)
- Mamedov, Georgy, 18.7.1995: Remarks by Deputy Foreign Minister Georgy Mamedov at Hearings on START-2 Ratification (Transkript des Federal News Service, Washington, D.C.)
- Mandel, Robert 1994: The Transformation of the American Defense Industry: Corporate Perceptions and Preferences, in: Armed Forces & Society, Nr. 2, 175-197
- Mendelsohn, Jack 1994-95: Star Wars Redux, in: Issues in Science and Technology, 11, 2 (Winter), 65-70
- Mironov, Victor 1994: Russia's National Security Military Doctrine and the Outlook for Russian - U.S. Cooperation in the Modern World, in: Comparative Strategy, Nr. 1, 49-54
- Nazarkin, Yuri K./Rodney W. Jones 1995: Moscow's START II Ratification: Problems and Prospects, in: Arms Control Today, 25, 7 (September), Washington, D.C., 8-14
- O'Neill, Malcolm R., 15.3.1994: Statement, 103/2 U.S. House of Representatives, Committee on Appropriations, Subcommittee on the Department of Defense, Department of Defense Appropriations for 1995, Washington, D.C. (Ms.)
- O'Neill, Malcolm R., 4.4.1995: Statement, 104/1 U.S. House of Representatives, Committee on National Security (Ms.)
- O'Neill, Malcolm R., 27.6.1995: Statement, 104/1 U.S. Senate, Committee on Appropriations, Subcommittee on Defense (Ms.)
- (OTA) Office of Technology Assessment 1988: The Defense Technology Base Introduction and Overview - A Special Report, Washington, D.C.

(OTA) Office of Technology Assessment 1991 a: Global Arms Trade. Commerce in Advanced Military Technology and Weapons, Washington, D.C.

(OTA) Office of Technology Assessment 1991 b: Adjusting to a New Security Environment. The Defense Technology and Industrial Base Challenge, Washington, D.C.

(OTA) Office of Technology Assessment 1992 a: Building Future Security. Strategies for Restructuring the Defense Technology and Industrial Base, Washington, D.C.

(OTA) Office of Technology Assessment 1992 b: Lessons in Restructuring Defense Industry: The French Experience, Washington, D.C. (Background Paper)

Perry, William 1994: U.S. Military Acquisition Policy, in: Comparative Strategy, Nr. 1, 19-24

Perry, William J., 27.4.1995: Statement, 104/1 U.S. House of Representatives, Budget Committee (Ms.)

Pikaev, A./A. Menshikov/A. Arbatov 1995: Anti-Ballistic Systems Limitation, in: Alexei G. Arbatov (Hg.), Russian Arms Control. Compliance and Implementation, Washington, D.C., 15-28 (Report des Henry L. Stimson Center)

Pike, John/Marcus Corbin 1994: Taking Aim at the ABM Treaty: THAAD and U.S. Security, in: Arms Control Today, 24, 4 (Mai), 3-8

Reiss, Mitchell/Harald Müller (Hg.) 1995: International Perspectives on Counterproliferation, Washington, D.C. (Woodrow Wilson International Center for Scholars, Division of International Studies)

Reppy, Judith 1994: Defense Companies' Strategies in a Declining Market: Implications for Government Policy, in: Peace Economics, Peace Science and Public Policy, Nr. 2, 1-8

Rilling, Rainer 1970: Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln

Rosen, Steven (Hg.) 1973: Testing the Theory of the Military-Industrial Complex, Lexington u. a.

Rudolf, Peter 1994: Einbinden statt ausgrenzen - Die Russlandpolitik der USA unter Präsident Clinton, Ebenhausen

Serfati, Claude 1992: Reorientation of French companies, in: Michael Brzoska/Peter Lock (Hg.): Restructuring of Arms Production in Western Europe, Oxford u. a., 97-107

Sillard, Yves 1992: The General Delegation for Armament - The Procurement Executive of MOD, in: NATO's Sixteen Nations, Nr. 3, 65-69

Stein, Robert 1994: U.S. Military Technical Requirements - Views from U.S. Defense Industry, in: Comparative Strategy, Nr. 1, 93-100

- Studiengesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e. V. (Hg.) 1993: Luftraumüberwachung und Abwehr der Bedrohung aus der Luft, Bonn
- UNIDIR 1993: Le désarmement et la conversion de l'industrie militaire en Russie, New York (Research Papers, 24)
- Verdou, Jacques 1993: Control, command and cost of systems. Symposium zum Thema "Anti-missile defence for Europe" der Assembly of Western European Union, Technological and Aerospace Committee, Cecchignola, Rom
- Walker, William/Philip Gummett 1993: Nationalism, Internationalism and the European Defence Market, Paris (Chaillot Paper, 9)
- Walker, William/Mac Graham/Bernard Harbor 1988: From Components to Integrated Systems: Technological Diversity and Interactions Between the Military and Civilian Sectors, in: Philip Gummett/Judith Reppy (Hg.): The Relations between Defence and Civil Technologies, Dordrecht u. a., 17-37
- Wartenberg, Ludolf von 1993: Die Zukunft der deutschen Wehrtechnik im europäischen Kontext, in: wehrtechnik, Nr. 6, 5-11
- Watzman, Nancy/Sheila Krumholz 1995: The Best Defense. Will Campaign Contributions Protect the Industry?, Washington, D.C. (Report des Center for Responsive Politics)
- Weiss, Hansjürgen 1993: Wehrtechnische Überlegungen und Rahmenbedingungen im sicherheitspolitischen Umfeld, in: Studiengesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e. V. (Hg.): Luftraumüberwachung und Abwehr der Bedrohung aus der Luft, Bonn (o. S.)
- Weißbuch 1994. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr, Bonn
- Wellmann, Arend 1994: Von der Nonproliferation zur Counterproliferation, in: antimilitarismus information, 24, 12 (Dezember), 33-43
- Wilks, Stephen/Maurice Wright (Hg.) 1987 a: Comparative Government-Industry Relations. Western Europe, the United States, and Japan, Oxford u. a.
- Wilks, Stephen/Maurice Wright 1987 b: Conclusion: Comparing Government-Industry Relations: States, Sectors and Networks, in: ebd., 274-313
- Wright, David/Lisbeth Gronlund 1995: The Security Implications of the Proposed Modifications of the ABM Treaty, Cambridge, Mass.
- Wright, Maurice 1988: Policy Community, Policy Network and Comparative Industrial Policy, in: Political Studies, 593-612
- Wulf, Herbert (Hg.) 1993: Arms Industry Limited, Oxford u. a.

Zaks, Arie 1992: Diversification et reconversion de l'industrie d'armement, Brüssel (Les Dossiers du GRIP, 165)

Zalonis, Nicolas 1993: Industrial co-operation in limited anti-missile defence. Symposium zum Thema "Anti-missile defence for Europe" der Assembly of Western European Union, Technological and Aerospace Committee, Cecchignola, Rom

STATEMENT BY THE

Coalition to
**DEFEND
AMERICA**

ENDORSEMENT OF THE 'DEFEND AMERICA ACT OF 1995'

The Coalition strongly supports the "Defend America Act of 1995," legislation that would clear the way for the earliest possible deployment of effective anti-missile defenses for the American people, their communities and their world-wide interests.

(...)

- | | | |
|--|---|---|
| Lieutenant General James Abrahamson, USAF (Ret.), former Director, Strategic Defense Initiative Organization | William Graham, former Science Advisor to the President | Daniel Oliver, former Chairman, Federal Trade Commission |
| Elliott Abrams, former Assistant Secretary of State for Latin American Affairs | James Hackett, former Acting Director of United States Arms Control and Disarmament Agency | Keith Payne, President, National Institute for Public Policy |
| Dr. Mark Albrecht, former Executive Secretary, National Space Council | Stephen Hadley, former Assistant Secretary of Defense | Richard Perle, former Assistant Secretary of Defense |
| Richard Army, Member of Congress | Charles Horner, former Associate Director, United States Information Agency | General John Piotrowski, USAF (Ret.), former Commander, United States Space Command |
| Robert Barker, former Assistant to the Secretary of Defense (Atomic Energy) | Vice Admiral William Houser, USN (Ret.), former Deputy Chief of Naval Operations for Aviation | Admiral John Poindexter, former National Security Advisor to the President |
| William Bennett, former Secretary of Education | Henry Hyde, Member of Congress | Roger Robinson, Jr., former Chief Economist, National Security Council |
| William Clark, former National Security Advisor to the President | Bruce Jackson, former Staff Member, Office of the Secretary of Defense | Ambassador Edward Rowley, former Advisor to the President and Secretary of State for Arms Control |
| Thad Cochran, United States Senator | General P.X. Kelley, USMC (Ret.), former Commandant of United States Marine Corps | Donald Rumsfeld, former Secretary of Defense |
| Angelo Codevilla, Senior Fellow, Hoover Institute | Jack Kemp, former Secretary of Housing and Urban Development | General Bernard Schriever, USAF (Ret.), former Commander, USAF Systems Command |
| Ambassador Henry Cooper, former Director, Strategic Defense Initiative Organization | Jeanne Kirkpatrick, former U.S. Ambassador to the United Nations | Thomas Smeeton, Director, House Republican Policy Committee |
| Christopher Cox, Member of Congress | Sven Kraemer, former Director for Arms Control, National Security Council | Carl Smith, former Republican Staff Director, Senate Armed Services Committee |
| J.D. Crouch, former Principal Deputy Assistant Secretary of Defense | Charles Krauthammer, Syndicated Columnist | Gerald Solomon, Member of Congress |
| Brian Dailey, former Executive Director, National Space Council | Dr. Robert Kriebel, President, Kriebel Institute | Floyd Spence, Member of Congress |
| Midge Decker, former President, Committee for the Free World | William Kristol, former Chief of Staff to the Vice President | Orson Swindle, former Assistant Secretary of Commerce |
| Kenneth deGraffenreid, former Senior Director of Intelligence Programs, National Security Council | Charles Kupperman, Executive Director, Empower America | Dr. Edward Teller, former Senior Strategic Defense Advisor to the White House |
| Diana Deuman, former Co-Chairman, Peace Corps Advisory Council | Jon Kyl, United States Senator | Jackie Tillman, former Staff Member, National Security Council |
| Lawrence Di Rita, Deputy Director for Foreign and Defense Policy Studies, Heritage Foundation | John Lehman, former Secretary of the Navy | Admiral Carl Truitt, former Chief of Naval Operations |
| Paula Dobriansky, former Director of European and Soviet Affairs, National Security Council | Ronald Lehman, former Director, United States Arms Control and Disarmament Agency | Michelle Van Cleave, former Associate Director, Office of Science and Technology |
| Elaine Donnelly, Executive Director, Center for Military Readiness | John Lenczowski, former Director for Soviet Affairs, National Security Council | William Van Cleave, former Senior Defense Advisor and Defense Policy Coordinator to the President |
| Pete du Pont, former Governor of Delaware | Charles Lichtenstein, former Deputy U.S. Ambassador to the United Nations | Malcolm Wallop, former United States Senator |
| Dr. Charles Fairbanks, former Deputy Assistant Secretary of State | Robert Livingston, Member of Congress | Admiral James Watkins, USN (Ret.), former Chief of Naval Operations, former Secretary of Energy |
| Douglas Feith, former Deputy Assistant Secretary of Defense | Trent Lott, United States Senator | James Webb, former Secretary of the Navy |
| Malcolm Forbes, Jr., Editor-in-Chief, Forbes Magazine | Talal McCoy, former Assistant Secretary of the Air Force | Vin Weber, former Member of Congress |
| Alison Fortier, former Director for Legislative Affairs, National Security Council | Brigadier General James McDivitt, USAF (Ret.), former Astronaut | Caspar Weinberger, former Secretary of Defense |
| Frank Gaffney, Jr., former Acting Assistant Secretary of Defense | General Merrill McPeak, USAF (Ret.) former Chief of Staff, USAF | Curt Winsor, former U.S. Ambassador to Costa Rica |
| Lieutenant General Daniel Graham, USA (Ret.), former Director Defense Intelligence Agency | Phillip Merrill, former Assistant Secretary General of NATO | Paul Wolfowitz, former Under Secretary of Defense |
| Douglas Graham, former Deputy Assistant Secretary of Defense | Dominic Monetta, former Assistant Secretary of Energy | Dr. Lowell Wood, Visiting Scholar, Hoover Institution, Stanford University |
| | Admiral Thomas Moorer, USN (Ret.), former Chairman, Joint Chiefs of Staff | Dov Zakheim, former Deputy Under Secretary of Defense of Planning and Resources |

1250 24th Street, N.W., Suite 350, Washington, D.C. 20037 (202) 835-1615 FAX (202) 466-0518
Toll-Free Contributions and Information (800) 282-2472

ANHANG 2 - Tabelle 1:

TABLE 1. BALLISTIC MISSILES IN THE DEVELOPING WORLD

Missile	Quantities		Countries
	Range (Kilometers)	Payload (Kilograms)	
Missiles with Ranges of 300 Kilometers or Less			
Operational			
Hatf I	80	500	Pakistan
Ching Feng	100	275	Taiwan
SS-21	120	450	Syria, Yemen
Mushak-120/160	120/160	500/N.A.	Iran
Lance	130	275	Israel
Prithvi	150/250	1,000/500	India
NHK-1	180	500	South Korea
8610	300	500	Iran
Scud-B	300	1,000	Afghanistan, Egypt, Iran, Iraq, Libya, North Korea, Syria, Yemen
Under Development			
Laith (Tested)	90	500	Iraq
Alacran	200	500	Argentina
Mushak-200	200	N.A.	Iran
NHK-2 (Tested)	260	450	South Korea
Hatf II (Tested)	300	500	Pakistan
Missiles with Ranges Between 300 and 900 Kilometers			
Operational			
Scud-C	500	700	Iran, North Korea, Syria
Al Hussein	600	500	Iraq
Jericho I	650	500	Israel
Under Development			
Hatf III	600	<1,000	Pakistan
Scud-100	600	500	Egypt
Al Fateh	<950	500	Libya
Missiles with Ranges Greater than 900 Kilometers			
Operational			
Jericho II	1,500	500	Israel
CSS-2	2,700	2,200	Saudi Arabia
Under Development			
Tondar-68	1,000	500	Iran
No Dong-1 (Tested)	1,000	1,000	North Korea
No Dong-2	<2,000	<1,000	North Korea
Agni (Tested)	2,500	1,000	India
Taepo Dong-1 and -2	>1,000 ^a	N.A.	North Korea

SOURCE: Congressional Budget Office based on Arms Control Association, "The Global Proliferation of Theater Ballistic Missiles," *Arms Control Today* (April 1994), pp. 30-31; Duncan S. Lennox, ed., *Jane's Strategic Weapons Systems* (Surrey, U.K.: Jane's Information Group, 1993); International Institute for Strategic Studies, *The Military Balance 1992-1993* (London: Brassey's, 1992); "Missile and Space Launch Capabilities of Selected Countries," *The Nonproliferation Review*, vol. 1, no. 1 (Fall 1993), pp. 56-59; and Robert G. Nagler, *Ballistic Missile Proliferation: An Emerging Threat* (Arlington, Va.: System Planning Corporation, 1992).

NOTES: The table excludes Frog-7 missiles and other unguided rockets as well as missiles deployed in North Atlantic Treaty Organization countries, states of the former Soviet Union, China, and Eastern Europe. N.A. = not available. < = less than; > = more than.

a. The Central Intelligence Agency recently announced that North Korea is in the early stages of developing two new missiles with ranges greater than 1,000 kilometers. According to one report, their ranges could be as long as 2,000 to 3,500 kilometers.

ANHANG 2 - Tabelle 2:

TABLE 2. CHARACTERISTICS OF COMMONLY DISCUSSED THEATER BALLISTIC MISSILES

System	Country	Status	Range (Kilometers)	Payload (Kilograms)	Time of Flight (Minutes)	Maximum Reentry Speed ^a (Km/sec)
Frog-7 ^b	Many	Operational	70	450	2	0.9
Scud-B	Many	Operational	300	1,000	4	1.5
Al Hussein	Iraq	Operational ^c	600	500	6	2.2
No Dong-1	North Korea	Tested	1,000	1,000	8	2.9
CSS-2	Saudi Arabia	Operational	2,700	2,200	14	4.6

SOURCE: Congressional Budget Office based on Arms Control Association, "The Global Proliferation of Theater Ballistic Missiles," *Arms Control Today* (April 1994), pp. 30-31; Duncan S. Lennox, ed., *Jane's Strategic Weapons Systems* (Surrey, U.K.: Jane's Information Group, 1993); and "Missile and Space Launch Capabilities of Selected Countries," *The Nonproliferation Review*, vol. 1, no. 1 (Fall 1993), pp. 56-59.

- a. Reentry speeds are approximate and depend on the altitude at which speed is measured. This table assumes that maximum reentry speed occurs at an altitude of roughly 40 kilometers. At this height, the atmosphere is dense enough to slow the reentry vehicle down by enough to offset the pull of gravity.
- b. The Frog—which is an unguided rocket—is not usually considered a theater ballistic missile, a term that is commonly reserved for guided ballistic missiles. It is included here for comparison.
- c. Under the terms of the United Nations resolution ending the Persian Gulf War, Iraq was required to destroy all ballistic missiles with ranges greater than 150 kilometers. Reports suggest that Iraq may still possess some of these missiles.

Quelle: Congressional Budget Office: The Future of Theater Missile Defense, Washington, D.C., 1994, S. 8f.

ANHANG 3:

PAC Contributions from Top SDI Defense Contractors* to Current Members of the House National Security Committee, 1/1/91—10/19/94†

Committee Members	Total Contributions
Jane Harman (D-Calif)	\$89,049
Chet Edwards (D-Texas)	\$84,600
Pete Geren (D-Texas)	\$81,585
Herbert H Bateman (R-Va)	\$79,850
Ike Skelton (D-Mo)	\$73,700
Norman Sisisky (D-Va)	\$67,950
Duncan Hunter (R-Calif)	\$65,175
John M Spratt Jr (D-SC)	\$63,900
Randy "Duke" Cunningham (R-Calif)	\$62,345
Floyd D Spence (R-SC)	\$56,350
H James Saxton (R-NJ)	\$55,825
James V Hansen (R-Utah)	\$45,125
G V "Sonny" Montgomery (D-Miss)	\$45,000
Curt Weldon (R-Pa)	\$41,750
Joel Hefley (R-Colo)	\$37,000
Bob Stump (R-Ariz)	\$37,000
James M Talent (R-Mo)	\$31,700
Rosa DeLauro (D-Conn)	\$31,550
John R Kasich (R-Ohio)	\$31,060
Robert K Dornan (R-Calif)	\$28,650
Gene Taylor (D-Miss)	\$27,410
John Tanner (D-Tenn)	\$27,150
Solomon P Ortiz (D-Texas)	\$25,200
Pete Peterson (D-Fla)	\$24,000
Owen B Pickett (D-Va)	\$23,750
Howard P "Buck" McKeon (R-Calif)	\$16,400
Tillie Fowler (R-Fla)	\$14,000
Frank Tejeda (D-Texas)	\$13,750
Terry Everett (R-Ala)	\$13,500
Paul McHale (D-Pa)	\$12,900
Patrick J Kennedy (D-RI)	\$12,850
Steve Buyer (R-Ind)	\$12,450
Roscoe G Bartlett (R-Md)	\$12,000
Glen Browder (D-Ala)	\$10,400
Ronald V Dellums (D-Calif)	\$10,000
Patricia Schroeder (D-Colo)	\$9,500
Neil Abercrombie (D-Hawaii)	\$8,526
John M McHugh (R-NY)	\$7,050
Saxby Chambliss (R-Ga)	\$6,500
Lane Evans (D-Ill)	\$6,500
J C Watts (R-Okla)	\$6,000
Ron Lewis (R-Ky)	\$4,000
Mike Ward (D-Ky)	\$3,500
Doc Hastings (R-Wash)	\$2,750
James B Longley Jr (R-Maine)	\$2,000
Walter B Jones Jr (R-NC)	\$1,000
Joe Scarborough (R-Fla)	\$1,000
William M "Mac" Thornberry (R-Texas)	\$1,000
Van Hilleary (R-Tenn)	\$500
Peter G Torkildsen (R-Mass)	\$50
GRAND TOTAL	\$1,424,800

Source: Center for Responsive Politics

Top SDI Defense Contractors refers to firms with SDI contracts valued at more than \$10 million, using lists of top contractors from 1993-1988 and for FY1993 provided by the Federation of American Scientists, and the top 20 contractors from the program's inception through 11/22/92, found in *Aerospace Daily* (12/31/92).

†Contributions cover 1/1/91—10/19/94 using data downloaded from the Federal Election Commission on 1/25/95

ISBN 3-928965-64-6